

**ENGAGEMENT  
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



**SERVICESTELLE**

**KOMMUNEN IN DER EINEN WELT**

# DIALOG GLOBAL



**Engagiert und integriert:  
Afrikanische Diaspora und  
kommunale Entwicklungspolitik  
in Deutschland**

19. bis 20. April 2012 in Ludwigsburg

Im Auftrag des

**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

**Nr. 30**

# Impressum

---

**Herausgeber:**

Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
Tulpenfeld 7  
D-53113 Bonn

Telefon: 0228/20717-0  
Fax: 0228/20717-150  
info@service-eine-welt.de  
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy  
Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft Nr. 30  
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy, Dorea Pfafferott

Texte: Hans Wiertert-Wehkamp, Anna Werner – Institut für soziale Innovation  
Redaktion: Jennifer Ichikawa, Ines Barth  
Titelbild: Heike Hager

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter  
Druck: Köllen Druck + Verlag GmbH  
100% Recyclingpapier, RecyMago  
Bonn, September 2013

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Dokumentation ausschließlich die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

## Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland

19. bis 20. April 2012 in Ludwigsburg

Eine Veranstaltung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/  
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg  
und dem Staatsministerium Baden-Württemberg.



# Inhalt

<b>1. Informationen zur Konferenz</b>	<b>6</b>
<b>2. Donnerstag, 19. April 2012 – Erster Konferenztag</b>	<b>7</b>
2.1 Begrüßung – Oberbürgermeister Werner Spec, Stadt Ludwigsburg	7
2.2 Einführung: „Was geht uns eigentlich Afrika an?“ – Rede des Bundespräsidenten a. D. Dr. Horst Köhler	7
2.3 Migration und Entwicklung – Stephan Bethe, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11
2.4 Entwicklungspolitisches Engagement fördern – in Kommunen, mit Migranten – Gabriela Büsselmaier, Geschäftsführerin der ENGAGEMENT GLOBAL	13
2.5 Welt:Bürger gefragt! – Partizipation als Triebfeder des entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg – Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg	15
2.6 Exkurs von Dr. Nkechi Madubuko zur Geschichte der deutsch-afrikanischen Beziehung	16
2.7 Diskussionsrunde	17
<b>3. Freitag, 20. April 2012 – Zweiter Konferenztag</b>	<b>19</b>
3.1 Begrüßung des Veranstalters – Dr. Stefan Wilhelmy, ENGAGEMENT GLOBAL/SKEW	19
3.2 Dynamisches Kennenlernen – Zu den Teilnehmern	19
3.3 Angekommen und angenommen? Das Bild der Mehrheitsgesellschaft von Afrika und den Afrikanern in Deutschland – Veye Tatah, Africa Positive e. V.	20
3.4 Austausch in Fünfer-Gruppen – Sammlung von Eindrücken und Erkenntnissen aus der ersten Konferenzphase	21
3.5 Workshop-Phase – Parallele Arbeitsgruppen	23
3.6 Podiumsdiskussion	35
<b>4. Themengespräch Migration im Rahmen der Initiative Welt:Bürger gefragt!</b>	<b>42</b>
4.1 Rede des Ministerialdirektors im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg Dr. Herbert Zinell	42
4.2 Ziel und Ergebnisse des Dialogs	43
<b>5. Verabschiedung durch Dr. Stefan Wilhelmy, ENGAGEMENT GLOBAL/SKEW</b>	<b>44</b>
<b>6. Verabschiedung durch Konrad Seigfried, Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg</b>	<b>45</b>
<b>7. Stimmen zum Gelingen der Konferenz</b>	<b>46</b>
<b>8. Anhang</b>	<b>48</b>
8.1 Viten der Redner und Rednerinnen des ersten Konferenztages	48
8.2 Bericht vom Themengespräch „Migration“ am 20. April 2012 in Ludwigsburg	52
8.3 Themengespräch „Migration“ am 20. April 2012 in Ludwigsburg	56
8.4 Abkürzungsverzeichnis	63

# 1. Informationen zur Konferenz

Vom 19. bis 20. April 2012 fand in Ludwigsburg die Konferenz „Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ statt. Sie wurde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigsburg und dem Staatsministerium Baden-Württemberg durchgeführt.



Foto: Heike Hager

Ziele der Konferenz waren der Erfahrungsaustausch, die Vernetzung von Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Migrantenorganisationen sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen. Neben Fachvorträgen zum Bild der Mehrheitsgesellschaft von Afrika und den Afrikanern in Deutschland und zur Rolle der afrikanischen Diaspora in der kommunalen Entwicklungspolitik boten daher am zweiten Konferenztag vier Arbeitsgruppen die Möglichkeit zur Diskussion und zur Ausarbeitung konkreter Empfehlungen. Durch die Konferenz sollte auch das in den Kommunen weit verbreitete ehrenamtliche Engagement anerkannt und die afrikanische Diaspora in der kommunalen Entwicklungspolitik sichtbarer werden.

Die Konferenz gliederte sich in zwei Phasen. Sie wurde am 19. April 2012 im Residenzschloss Ludwigsburg durch den Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg, Werner Spec, vor einem breiteren Publikum feierlich eröffnet. Im Anschluss gab Bundespräsident a. D. Dr. Horst Köhler eine Einführung zum Thema „Was geht uns eigentlich Afrika an?“. Weitere Impulse aus den Fachbeiträgen von

Stephan Bethe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gabriela Büsselmaier, Geschäftsführerin der ENGAGEMENT GLOBAL und Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg wurden in der anschließenden Diskussionsrunde aufgegriffen und vertieft. Die TV-Moderatorin Dr. Nkechi Madubuko (u. a. ZDF, Sport 1 und VIVA plus) führte die Gäste durch den Abend.

Am zweiten Tag, der Arbeitsphase der Konferenz, lag der Fokus auf der Ausarbeitung von gemeinsamen Handlungsempfehlungen. Die Teilnehmenden waren dabei als Expertinnen und Experten gefragt. Durch ihre unterschiedlichsten Erfahrungen und Sichtweisen trugen sie dazu bei, dass die ganze Komplexität der Thematik in den Blick genommen und aufgearbeitet werden konnte.

## 2. Donnerstag, 19. April 2012 – Erster Konferenztag

### 2.1 Begrüßung – Oberbürgermeister Werner Spec, Stadt Ludwigsburg<sup>1</sup>



Foto: Heike Hager

Oberbürgermeister Werner Spec begrüßte die Gäste im Residenzschloss der Stadt Ludwigsburg. Er betonte, dass die Veranstaltung durch die vielen Teilnehmer mit und ohne Migrationshintergrund aus den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen wichtige Erkenntnisse darüber

liefern könne, wie kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Migrantenorganisationen noch zielgerichteter kooperieren. Vor allen Dingen gälte es zu betrachten, welche Potenziale und Kenntnisse die unterschiedlichen Partner in einen strukturierten Dialogprozess einbringen können.

Mit Blick auf die Zukunft sei es nach seiner Einschätzung von ganz entscheidender Bedeutung, dass Fragen zunehmend strategisch angegangen, sektorale Grenzen überwunden, und Ideen praktisch umgesetzt würden.

„Wir hoffen, dass auch von diesem Kongress weitere Impulse ausgehen können. Wir wollen nicht nur eine gesellschaftliche Veranstaltung haben, sondern wir wollen einen begonnenen Prozess weiterführen und weiter mit voranbringen.“

Weiterhin betonte Oberbürgermeister Werner Spec, dass die Stadt Ludwigsburg gerne als Mitveranstalterin fungiere, da sie in ihrem Engagement im entwicklungspolitischen Bereich und in ihren Beziehungen zu afrikanischen Ländern auf eine lange, positive Tradition zurückblicken könne.

<sup>1</sup> Bei allen hier aufgeführten Reden gilt das gesprochene Wort.

### 2.2 Einführung: „Was geht uns eigentlich Afrika an?“ – Rede des Bundespräsidenten a. D. Dr. Horst Köhler



Foto: Privat

Sehr geehrter Herr Spec, Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute an dieser Konferenz hier in meiner Heimatstadt teilnehmen kann. Ich finde es gut, dass die Stadt Ludwigsburg einen Blick auf die Rolle der afrikanischen

Diaspora und die kommunale Entwicklungspolitik werfen wird. Erlauben Sie mir zum Einstieg in diese beiden Tage, mit Ihnen einige Reflexionen über den afrikanischen Kontinent und seine aktuellen Entwicklungsperspektiven zu teilen.

„Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas.“ Diese Aussage bei meiner Einführung in das Amt des Bundespräsidenten im Jahr 2004 stand im Kern meines Afrika-Engagements als Bundespräsident und sie gilt für mich auch weiterhin. Oftmals wurde und wird dies verstanden als ein Bekenntnis der Liebe zum afrikanischen Kontinent.

Die Wirklichkeit ist komplizierter.

Lassen Sie mich zunächst mit einem **moralischen**, werteorientierten Blick auf unseren Nachbarkontinent schauen. Wir sind in Deutschland mit Recht stolz auf unser Grundgesetz, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das Grundgesetz hat eine solide Ordnung geschaffen, in der sich freie Bürgerinnen und Bürger ein gutes Leben in einer gerechten Gesellschaft erarbeiten können.

Aber was geschieht, wenn Neugierige ihren Blick über die Grenzen Deutschlands und Europas werfen? In unseren

nationalen Debatten spielt die Frage nach Gerechtigkeit mit Recht eine große Rolle. Aber wie halten wir es mit Gerechtigkeit, wenn wir uns die Armut in Afrika vergegenwärtigen? Warum ertrinken so viele Menschen aus Afrika bei der Flucht nach Europa? Wie erklären wir ihren Tod unseren Kindern? Wo kommen die Waffen her, mit denen in Afrika Krieg geführt wird? Kommt der Rohstoffreichtum des Kontinents wirklich den Völkern Afrikas zugute und dient insbesondere den Zukunftschancen seiner Jugend?

Die Liste der Fragen ließe sich beliebig verlängern. Aber die Wirklichkeit ist, dass viele dieser Fragen im politischen Alltag der Industrieländer weiterhin unter „ferner liefen“ veranschlagt sind. Während zum Beispiel China, Indien oder Brasilien immer mehr ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit rücken, scheint es manchmal, als ob südlich der Straße von Gibraltar die Welt zu Ende wäre.

Wer sich mit den Fragen zu Afrika näher beschäftigt, dem wird schnell klar, dass sie ebenso leicht zu stellen wie schwer zu beantworten sind – schon gar nicht mit einem knackigen Soundbite von 20 Sekunden. Ebenso wird bei genauerem Hinsehen offensichtlich, dass einige der Verantwortungsstränge für die derzeitige Lage in Afrika nach Europa führen. Wie können wir in Deutschland für Respekt vor Institutionen und Gesetzen werben, die möglicherweise direkt oder indirekt zur Armut in Afrika beitragen? Ich finde: Wir können es uns nicht erlauben, die Würde des Menschen nur auf Deutschland zu begrenzen.

Lassen Sie uns nun aus **realpolitischer** Perspektive auf Afrika sehen: Bereits heute lebt mehr als eine Milliarde Menschen in Afrika. Für das Jahr 2050 prognostizieren die Vereinten Nationen zwei Milliarden Afrikaner – das wären über 20 Prozent der Weltbevölkerung. Nach dieser Prognose wird es 2050 noch 600 Millionen Europäer geben. Das wären dann gerade einmal sechs Prozent der Weltbevölkerung. Müssen wir uns nicht schon jetzt Fragen stellen, was dies für Frieden und Stabilität in der Welt bedeutet?

Oder: Afrika verfügt über immense Rohstoffreserven. Die Anteile an den weltweiten Reserven liegen oft über 60

Prozent (z. B. für Platingruppenmetalle, Kobalt, Koltan und Chrom). In Afrika befinden sich einige der größten zusammenhängenden Regenwaldflächen der Erde. Deren CO<sub>2</sub>-Speicherkapazität für das Weltklima ist von großer Bedeutung.

Dieser Kontinent ist für uns also wichtig. Was in Afrika misslingt, betrifft unweigerlich früher oder später Europa; sei es durch Flüchtlinge, Schmuggel, Piraterie oder Terrorismus. Was in Afrika gelingt, bedeutet für Deutschlands Unternehmen Zugang zu Rohstoffen und Exportchancen und fördert weltweit Sicherheit und Stabilität. Die wechselseitige Abhängigkeit mit unserem Nachbarkontinent zeigt: Es ist in unserem ureigenen nationalen und europäischen Interesse, Eigenanstrengungen in Afrika zu unterstützen.

Sowohl die moralische als auch die realpolitische Betrachtung lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Afrika muss in unserer Einen Welt wirklich zu unserem Partner werden. Die gemeinsame Geschichte verbindet unsere Kontinente und bildet bis heute eine tiefe Trennlinie. Europäer haben Afrika jahrhundertlang bereist und – gewollt oder ungewollt – nicht verstanden, sondern vorrangig ausgebeutet. Stereotypen von „wilden“ Afrikanern mussten dazu herhalten, um die Kolonialisierung zu begründen. Hegel ging sogar so weit, den Afrikanern ihre eigene Geschichte abzuspochen. Während Menschen in Europa im Zeitalter der Aufklärung selbst für mehr politische Partizipation und Gerechtigkeit kämpften, nutzten Europäer ihre technische Überlegenheit aus, um weltweit Dominanz auszuspielen. In der Zeit des Kalten Krieges war Afrika ein Platz für Stellvertreterkriege. Wir haben alleine schon aufgrund der Geschichte eine Mitverantwortung für Afrika.

Diese gemeinsame Geschichte ist im kollektiven Gedächtnis der Afrikaner ständig präsent. Auch in Deutschland sollte sie zur Allgemeinbildung gehören. Wir Deutschen haben nach 1945 mühsam lernen müssen, dass eine gründliche gesellschaftliche Aufarbeitung unserer Geschichte die Voraussetzung für echte Partnerschaft mit unseren Nachbarn bedeutet. Dies gilt auch für unser Verhältnis mit Afrika. Dabei ist es bemerkenswert, dass afrikanische Teilnehmer



in den Diskussionen der von mir während meiner Amtszeit zusammen mit der ZEIT-Stiftung ins Leben gerufenen Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ die Geschichte vor allem als Basis zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft betrachteten. Der Kenianer Bethuel Kiplagat hat dafür einmal das Bild eines Rückspiegels benutzt, in dem uns die Scheinwerfer eines hinter uns herannahenden Wagens blenden können: „Geschichte ist gut, aber wir dürfen es der Geschichte nicht erlauben, dass sie so stark leuchtet, dass sie uns blendet und daran hindert, in die Zukunft zu blicken.“ Müssen wir solche Einstellungen von Afrikanern nicht als große Chance auch für die Zukunft unserer eigenen Kinder verstehen?



Foto: Heike Hager

Während Europa seine Form der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung über Jahrhunderte entwickeln konnte, soll Afrika dies alles innerhalb einer Generation gelingen. Während Europa den Luxus hatte, seine Modernisierung ohne viel wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Gesellschaften durchzuführen, soll Afrika das alles in einem viel höheren Veränderungstempo bewerkstelligen.

Mich beeindruckt deshalb die Zuversicht der Afrikaner umso mehr. Wer sich die langen Schlangen vor den Wahllokalen vieler Länder Afrikas vor Augen führt, der merkt, dass die Menschen dort ihr Recht mitzureden sehr ernst nehmen. Immer mehr Parlamentarier schauen ihren Regierungen immer genauer auf die Finger. Nach meinen zahlreichen Begegnungen mit Politikern und Vertretern der

afrikanischen Zivilgesellschaft bin ich fest davon überzeugt, dass die Demokratie auch in Afrika weiter Fuß fassen wird. Der Geist der demokratischen Mitbestimmung lässt sich nicht wieder in die Flasche zurück drängen, auch wenn es in Afrika immer wieder Machthaber gibt, die dies nicht wahrhaben wollen.

Die Demokratie in Afrika kann nach meiner Meinung aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie ein afrikanisches Gesicht trägt. Und dieses Gesicht ist oft weiblich. Wer weiß in Deutschland schon, dass das Parlament von Ruanda mit über 50 Prozent den höchsten Frauenanteil von Abgeordneten weltweit hat? Auch sonst ist es ermutigend zu sehen, wie Afrikaner dabei sind, eigene Traditionen von Gewaltenteilung und Mitbestimmung wieder aufzugreifen und in die Debatten einzubringen. Die Antworten mögen manchmal für uns überraschend sein, aber wir müssen sie verstehen lernen, sie respektieren.

In einer Welt stetigen Wandels braucht Afrika Zeit und Verlässlichkeit. Zeit, um **eigene** Lösungen zu finden und die Verlässlichkeit, dass wir für diese offen sind und bereit, zuzuhören und zusammen zu arbeiten.

Der Wille zu Reformen ist in Afrika vorhanden. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Apartheid in Südafrika als letztem Symbol weißer Vorherrschaft hat Afrika die Chance, sich aus Stellvertreterkriegen und postkolonialen Konflikten zu befreien. Die Gründung der Afrikanischen Union und die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) sind ermutigende Zeichen für den Neuanfang. Die Reformpolitiker lassen im African Peer Review Mechanism ihre Länder von den eigenen Bürgern und Bürgerinnen und der afrikanischen Staatengemeinschaft auf Herz und Nieren prüfen. Sie wollen von Good Governance in Afrika lernen und bekennen sich ausdrücklich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Reformen.

Trotz der leider immer noch zu häufigen Rückschläge – wie zuletzt bei dem Staatsstreich in Mali – sehe ich die politische Entwicklung Afrikas also insgesamt positiv. Und auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es endlich

eine Trendwende: Heute ist Afrika nach Asien die am zweitschnellsten wachsende Region der Erde. Die Standard Chartered Bank hat geschätzt, dass Afrika während der nächsten 20 Jahre mit durchschnittlich sieben Prozent jährlich wachsen wird – schneller als China. Zugleich entsteht eine neue Mittelklasse.



Foto: Heike Hager

Der größte Teil des Wirtschaftswachstums in Afrika entstammt bis zur Stunde dem Abbau und Export von Rohstoffen. Das ist für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afrika und insbesondere für die Zukunftsperspektiven der Jugend dort zu wenig. Der Wertschöpfungsprozess in afrikanischen Volkswirtschaften muss auch die Verarbeitungsstufen von Rohstoffen erreichen. Afrikanische Unternehmer, die es zunehmend und mit wachsendem Selbstbewusstsein gibt, streben dies auch an. Und hierfür brauchen und bitten sie um Unterstützung – gerade auch aus Deutschland. Bei einem von mir und dem früheren Präsidenten von Ghana, John A. Kufuor, organisierten Treffen hat das kenianische Unternehmen Chris Kirubi beispielhaft so ausgedrückt: „After all these fifty years of freedom from colonial rule, why should I sell you my cocoa, if you use it to make chocolate in your country and then sell it back to us? Why don't you bring your company and make it here? Do you really mean it well with African development or are we only paying lip service? We urge you to take action and show your commitment to equitable partnership!“ Ich glaube, wir sind im Norden gut beraten, solche Stimmen ernst zu nehmen. Sie sind gerade auch für die leistungsstarke deutsche Industrie eine Chance.

Wir können im Norden viel tun, um die Afrikaner auf ihrem Weg wirksam zu unterstützen. Ich habe erfahren, dass deutsche Firmen mit ihrem Know-how, ihrer Unternehmenskultur und ihrem Ausbildungswesen in Afrika in hohem Ansehen stehen. Das eröffnet große Chancen für Partnerschaften zu beiderseitigem Vorteil. Aber die deutsche und europäische Politik muss ihre Aufmerksamkeit auch auf die Beseitigung struktureller Ungerechtigkeiten, wie beispielsweise in der Handels- oder Agrarpolitik, lenken. Wenn in Europa über Reformen der Landwirtschaftspolitik nachgedacht wird, sollten wir dabei immer auch an die Bauern und die ländliche Bevölkerung in Afrika denken. Wenn Bundesländer und Kommunen bei ihrer Beschaffungspolitik auf fair gehandelte Produkte achten, unterstützen sie damit die Entwicklung Afrikas oftmals nachhaltiger als einzelne Hilfsprojekte. Wenn wir Korruption in Afrika an den Pranger stellen, müssen wir auch in Deutschland konsequent gegen Firmen vorgehen, die in Afrika „schmieren“.

Zugleich bedeutet dies aber auch, dass wir in Deutschland – außer bei humanitären Katastrophen – von der Mentalität des großzügigen Gebers und mildtätigen Spenders Abschied nehmen sollten. Wir können die Afrikaner bei der Lösung afrikanischer Probleme unterstützen, aber wir dürfen unsere Rezepte nicht aufdrängen. Die Zeit, dass wir von Europa aus Afrika belehrt haben, ist definitiv vorbei. Die Afrikaner sind dafür zu selbstbewusst und hinterfragen immer häufiger mit Blick auf unsere eigenen Entwicklungsprobleme, z. B. im Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Überschuldung der öffentlichen Haushalte, ob wir wirklich in einer guten Position sind, ihnen Lösungskonzepte vorzugeben. Es geht um Partnerschaft auf der Basis von wechselseitigem Respekt und Recht auf Selbstbestimmung.

Wer könnte dies besser wissen als die bei uns lebenden Menschen mit afrikanischen Wurzeln? Sie kennen die Chancen und Probleme in ihren Herkunftsländern wie auch hier bei uns. Sie können Brückenbauer zwischen Nord und Süd sein. Nicht nur spielen die Geldüberweisungen in Herkunftsländer für deren Entwicklungsbemühungen mittlerweile eine unverzichtbare Rolle, auch sind viele Vertreter

der Diaspora hier und zugleich in Afrika wirtschaftlich tätig und können die wirtschaftlichen Verbindungen herstellen, von denen ich vorhin sprach. Sie sind in ihren Kommunen fest verwurzelt und zugleich besonders aufmerksam für die Situation in ihren Herkunftsländern. Ich hoffe, dass wir den Erfahrungsschatz dieser Mitbürger, ihr Engagement und ihre Kreativität noch besser zu schätzen wissen und fruchtbar machen können, um zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zu kommen.

Wenn die Konferenz auf diesem Weg einen Beitrag leisten kann, dann hat sie viel erreicht. Ich wünsche den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dafür alles Gute.

Vielen Dank.

In einem Video zur Konferenz sind Ausschnitte aus der Rede des Herrn Bundespräsidenten a.D. für Sie dokumentiert. Folgen Sie bitte diesem Link zum Video: [www.youtube.com/watch?v=JBZKbIPgjuw](http://www.youtube.com/watch?v=JBZKbIPgjuw)

## 2.3 Migration und Entwicklung – Stephan Bethe, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Foto: Privat

Stephan Bethe vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begrüßte die Anwesenden und bedankte sich herzlich für die Einladung nach Ludwigsburg. Diese Konferenz greife wichtige entwicklungspolitische Themen auf und werde sie insbesondere

durch die Einbindung von Stimmen aus Afrika und aus der deutschen Politik voranbringen. Er lobte das Engagement der Stadt Ludwigsburg und des Landes Baden-Württemberg.

„Die Entwicklungspolitik setzt traditionell stark auf die Arbeit der Zivilgesellschaft. Und das gilt in besonderem Maße für Afrika. Aus unserer Sicht birgt die Schnittstelle zwischen entwicklungspolitischem Engagement in den Kommunen und dem Erfahrungs- und Wissensschatz von Migrantinnen und Migranten ein besonders großes Potenzial, das noch lange nicht ausgeschöpft ist.“

Im weiteren Vortrag führte Stephan Bethe in das Thema Migration und Entwicklung ein.

Zunächst wies er auf den Wandel im entwicklungspolitischen Blick auf Migrationsprozesse hin, der in den vergangenen Jahren stattgefunden habe. Heute sei weniger die Angst vor dem Weggang qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern – Brain Drain – vorherrschend, sondern es überwiegen die Chancen, die durch Migration herbeigeführt werden – internationaler Transfer von Wissen und finanziellen Ressourcen. Diese neue Tendenz habe unmittelbare Auswirkungen auf Investitionen, Handel und Existenzgründungen in Entwicklungsländern.

Hinzu komme die Veränderung im internationalen Wandergeschehen. Verringerte Reisekosten und weiterentwickelte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ländern und Kontinenten förderten eine Mobilität, die dauerhaft sein könne, oft aber auch von temporärer Natur sei. Diese Beobachtungen seien besonders für viele Entwicklungsländer eine gute Nachricht, denn es entstünden Kontakte zur Diaspora und ein Zuwachs an Erfahrung durch Rückkehrer.

Die Finanztransfers aus der Diaspora überstiegen die Summe der weltweiten Entwicklungshilfe und trügen somit deutlich zur Entwicklung in afrikanischen Ländern bei – der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung sei hier unverkennbar. Die Hilfe sei jedoch nicht ausschließlich finanziell oder materiell, sie reiche weiter und manifestiere sich durch die Durchführung von Projekten, bspw. zum Bau von Schulen, zur HIV/AIDS-Prävention oder auch in Wissenschaftskooperationen zwischen Universitäten. Hier sei es ein Anliegen des Bundesministeriums unterstützend zu agieren.

„Hier wird, abseits der ausgetretenen Wege der Entwicklungszusammenarbeit, ganz praktisch und unmittelbar geholfen. Und hier erweist sich, dass Migrantinnen und Migranten hervorragende Brückenbauer sind. Denn sie kennen die Menschen hier wie dort, sie kennen die Kulturen und Sprachen und sie verfügen über Netzwerke, die andere nicht einmal kennen oder zu denen sie keinen Zugang haben.“

Stephan Bethe wies zudem auf den Zusammenhang und die Wechselwirkungen zwischen Integration und entwicklungspolitischem Engagement hin.

Genau aus diesem Grund sei es aus entwicklungspolitischer Sicht so wichtig, dass Migranten in Deutschland gemäß ihrer Qualifikation arbeiten könnten und vorhandene Talente genutzt würden. Das am 1. April 2012 in Kraft getretene neue Anerkennungsgesetz schaffe erstmals einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Hier ruhe die Hoffnung, dass dieses

Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Brain Waste leisten könne.

„Wer gut integriert ist und gemäß seiner Qualifikation arbeitet und Geld verdient, wird eher die Chance haben, sich entwicklungspolitisch zu engagieren.“

Die demografische Entwicklung in Deutschland werde Prognosen zufolge in den kommenden Jahren neben der starken Alterung zu einem massiven Rückgang der Erwerbstätigenzahlen führen, sodass die Themen Mobilität und zirkuläre Migration aber auch Debatten über das Anwerben von Fachkräften zu weiteren wichtigen Themen würden.

„Die Entwicklungspolitik sollte sich deshalb schon heute darauf vorbereiten, wie solche Migrationsprozesse entwicklungspolitisch begleitet werden können, so dass ein Brain Drain in den Partnerländern vermieden wird und die Chancen von Migration genutzt werden. Eine mögliche Antwort könnte in temporären und zirkulären Migrationsprozessen liegen, vorausgesetzt, dass sie den Lebensentwürfen von Migrantinnen und Migranten entsprechen.“

Zu den herausgehobenen entwicklungspolitischen Zielen der laufenden Legislaturperiode zähle die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Umso bedeutsamer sei die Bündelung einzelner Einrichtungen und Programme der zivilgesellschaftlichen und kommunalen Zusammenarbeit unter dem gemeinsamen Dach der neuen ENGAGEMENT GLOBAL, die zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit Kommunen bei der Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement, bei der Integration von Migranten aus Entwicklungsländern und auch bei der Förderung von kommunalen Partnerschaften führen sollen.

Abschließend unterstrich Stephan Bethe nochmals die hohe Bedeutung des entwicklungspolitischen Engagements von Migranten in Deutschland, sowohl in Bezug auf die Bildungsarbeit und auf das Engagement auf kommunaler Ebene als auch für entwicklungspolitische Projekte in den Herkunftsländern. Im Namen des Bundesministeriums für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wünschte er den Teilnehmenden einen guten und ertragreichen Verlauf der Konferenz.

## **2.4 Entwicklungspolitisches Engagement fördern – in Kommunen, mit Migranten – Gabriela Büsselmaker, Geschäftsführerin der ENGAGEMENT GLOBAL**



Foto: Privat

Die Geschäftsführerin der ENGAGEMENT GLOBAL Gabriela Büsselmaker begrüßte die Teilnehmenden und betonte die Notwendigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die es möglich mache, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Zu diesem Zweck

sei es notwendig, Migranten aus Entwicklungsländern und auch Migrantenorganisationen in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit einzubinden, denn dort lägen enorme Potenziale für die Qualität kommunaler Entwicklungspolitik, für die Entwicklung der südlichen Partner und ebenso für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Nachfolgend beleuchtete Gabriela Büsselmaker drei Aspekte:

Zunächst nahm sie einen Rückblick auf die Ausgangslage der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit vor. Zum einen sei die Vernetzung lokaler Akteure vor einigen Jahren noch nicht so weit fortgeschritten und die Betrachtung von Migration sehr einseitig und meist negativ gewesen. Vor einigen Jahren erst habe ein Perspektivwandel eingesetzt, der zum Teil in Reaktion auf die Globalisierung und die gesellschaftlichen Veränderungen entstanden sei. Immer häufiger würden die Potenziale von Migranten gesehen; sie würden zunehmend als „Botschafter“ ihrer Heimat und als Mittler zwischen den Kulturen geschätzt. Seitdem gebe es vielfältige Studien, Projekte und Fachveranstaltungen, die sich mit der Ausgestaltung von Förder- und

Vernetzungskonzepten beschäftigen. Gerade auf lokaler Ebene werde verstärkt von informellen Kontakten und bilateralen Kooperationen berichtet.

„Deutschland muss interkulturelle Kompetenz von Arbeitnehmern als Vorteil begreifen, statt sich von überholten Klischees leiten zu lassen.“

Der zweite Aspekt, den Gabriela Büsselmaier ansprach, war die Frage erfolgreicher Verknüpfung von kommunaler Entwicklungspolitik und Migration. In den Jahren 2008 und 2009 sei das Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in den fünf Modellkommunen München, Kiel, Bonn, Leipzig und dem Landkreis Düren in die Praxisphase gegangen. Unter Federführung der jeweiligen Kommunalvertreter lernten sich Eine-Welt-Gruppen, Migrantenorganisationen und Experten der Entwicklungszusammenarbeit kennen und vernetzten sich miteinander. Es habe sich bestätigt, dass kommunale Entwicklungspolitik am erfolgreichsten sei, wenn unterschiedliche Akteure aus der Zivilgesellschaft und Kommunalvertreter zusammenarbeiteten, da sich so viele gemeinsame Anknüpfungspunkte ergeben würden. Um eine dauerhafte Zusammenarbeit zu erzielen, sei sowohl bei den kommunalen Verwaltungen als auch bei den Akteuren aus Eine-Welt-Initiativen, Migrantenorganisationen, Städte- und Schulpartnerschaften ein langfristig angelegter Prozess des Aufeinander-Zugehens und der Vertrauensbildung notwendig. Aus diesen Überlegungen habe die SKEW ein Netzwerk zum längerfristigen Erfahrungsaustausch aller lokalen Akteure aus den aktiven und engagierten Kommunen gegründet, es fänden regelmäßig Netzwerktreffen mit steigender Teilnehmerzahl statt.

Der dritte Aspekt bezieht sich auf die Zukunftsbetrachtung von Migration. Die Sichtweise von Migration habe sich geändert, positive Auswirkungen von Migration auf die Entwicklung der Herkunftsländer sowie auf Deutschland rückten in den Fokus.

Aus diesem Grund appellierte Gabriela Büsselmaier an die Teilnehmenden, Migration als „Win-Win-Situation“ zu

begreifen und zu nutzen. Migranten könnten Themen häufig glaubhafter vermitteln und verfügten über besondere Kenntnisse der Situation in ihrem Herkunftsland. Gerade in Bezug auf Städtepartnerschaften und kommunale Projektpartnerschaften, wie beispielsweise die Kampagne „50 Klimapartnerschaften bis 2015“, habe das Wissen über die lokalen Gegebenheiten sowie die Fähigkeit, zwischen den Projektpartnern vermitteln zu können, große Vorteile.

„Migration kann und muss in einer hierfür aufgeschlossenen Welt positive Wirkungen entfalten – für die Entwicklungs- und Schwellenländer, für uns als Einwanderungsland und für die hier ansässigen Bürger mit Migrationshintergrund.“

Zum Schluss lud Gabriela Büsselmaier die Teilnehmenden dazu ein, gemeinsam und auf Augenhöhe das große Projekt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit anzugehen und zu entfalten.

## 2.5 Welt:Bürger gefragt! – Partizipation als Triebfeder des entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg – Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg



Foto: Privat

Die Staatsrätin Gisela Erler begrüßte die Anwesenden zu der Konferenz. Sie betonte die enge Verbindung zwischen der Arbeit der Landesregierung und dem Ziel der Konferenz: die Verzahnung von Migration, Menschenrechtsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit.

Migranten seien perfekte „Brückenbauer“ zwischen ihrem Gast- und Heimatland, die zudem ein hohes familiäres, bürgerschaftliches und politisches Engagement für ihre Heimatländer hätten; eine Voraussetzung, die für die Entwicklungszusammenarbeit unverzichtbar sei und somit ein Beispiel für „weltbürgerschaftliches Engagement“ im besten Sinne darstelle. So würden „Lösungen“ für (globale) Probleme und Konflikte gemeinsam grenzübergreifend erarbeitet, wodurch es zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe komme.

„Die Rolle und die Bedeutung gerade der afrikanischen Diaspora, die ja immer eine sichtbare und deswegen auch besonders verletzte ist, ist wirklich ernst zu nehmen. Das ist ein großer Anspruch, den wir alle haben.“

Die neue Landesregierung habe zur Aufwertung der Entwicklungszusammenarbeit beigetragen. Das weitere Ziel sei es nun, eine neue Grundlage für eben diese zu schaffen. In diesem Kontext sollen neue entwicklungspolitische Leitlinien konzipiert werden, die nicht am Reißbrett erstellt werden sollen, sondern sich im konstruktiven entwicklungspolitischen Dialog der Landesregierung mit der Zivilgesellschaft entwickeln müssen.

Die Auftaktveranstaltung zu dem Dialog Welt:Bürger gefragt! fand am 14. April auf der Stuttgarter Messe „Fair Trade“ statt. Im ersten Halbjahr 2012 sollen dann eine Reihe von regionalen Bürgerkonferenzen und überregionalen Themengesprächen folgen, auf denen engagierte Bürger gemeinsam mit Minister Hans-Peter Friedrich die entwicklungspolitischen Pläne der Landesregierung diskutieren können.

Zum Schluss bezog Gisela Erler sich auf die Bedeutung von Migranten für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit.



## 2.6 Exkurs von Dr. Nkechi Madubuko zur Geschichte der deutsch-afrikanischen Beziehung



Foto: Heike Hager

Die Moderatorin Dr. Nkechi Madubuko machte einen kleinen historischen Exkurs zum Zusammenleben von Afrikanern und Deutschen in den letzten Jahrhunderten.

Die Geschichte der afrikanischen Minderheit in Deutschland reicht bis ins

15. Jahrhundert – ins Mittelalter zurück. Damals waren es meist Sklaven, die als Geschenke an die Fürstenhäuser gingen. Die ersten interkulturellen Begegnungen zwischen Deutschen und Afrikanern waren von darwinistischen und rassistischen Erklärungsmustern geprägt.

Als ehemalige Kolonialmacht – in den Jahren 1884 bis 1918 war Deutschland Kolonialherr im Südwesten Afrikas – verbindet Deutschland eine hundert Jahre alte Geschichte des Zusammenlebens mit Afrikanern. Der interkulturelle Kontakt war damals entweder verboten, hierarchisch geprägt oder auf Völkerschauen reduziert.

In der Kolonialzeit, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus waren Begegnungen Chronologien der rassistischen Diskriminierung und in der NS-Zeit auch der Verfolgung.

Erst seit den 60er und 70er Jahren kann man von einem Zusammenleben auf gleicher Höhe sprechen. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist deutlich geprägt von der Bereitschaft, sich von den Vorstellungen von natürlichen Schranken aus rassistischen Gründen der Jahre zuvor zu lösen und Interkulturalität als Gewinn und Normalität anzusehen

2008 lag die Zahl der in Deutschland sozialisierten Generation afrikanischer Einwanderer bei 210.000. Hinzu kommen ca. 280.000 Migranten mit afrikanischem Pass. Der Großteil stammt aus Nordafrika und lebt im Durchschnitt 14 Jahre in Deutschland. Rechnet man beide Gruppen zusammen, leben insgesamt ca. 486.000 also fast eine halbe Million Migranten mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland.

Der politische Paradigmenwechsel mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 zeigt auch im Lebensalltag seine Früchte. Deutsch und schwarz zu sein, ist die neue, fast normale Realität. Die neue Generation der Afro-Deutschen und schwarzen Deutschen positioniert sich immer selbstbewusster, als Deutsche mit afrikanischem Migrationshintergrund, ob in der Musik, der Kunstszene oder als Autoren. Auf kultureller Ebene sind afrikanischstämmige Migranten heute Teil des öffentlichen Lebens geworden. Moderatoren und Schauspieler, wie Mola Adebisi, Cherno Jobatey oder Tyron Rickets sind vielen, vor allem jungen TV-Zuschauern, ein Begriff.



## 2.7 Diskussionsrunde<sup>2</sup>

An der Diskussionsrunde nahmen Werner Spec, Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin der Stadt Erlangen, Gabriela Büsselmaier, Lucía Muriel, Leiterin von moveGLOBAL des Berliner entwicklungspolitischen Ratschlags, und Gisela Erler teil. Dr. Nkechi Madubuko leitete die Podiumsdiskussion.

**Dr. Nkechi Madubuko:** Pierrette Herzberger-Fofana, können Sie uns erklären, auf welche Hürden Migrantinnen und Migranten treffen, wenn sie versuchen sich politisch zu engagieren?

**Dr. Pierrette Herzberger-Fofana:** Die Schwierigkeiten auf die wir stoßen, wenn eine Afrikanerin in die Politik eintritt oder wenn eine Afrikanerin sich politisch betätigt, sind sehr vielfältig und die Erwartungen sind groß. Hinzu kommt die Sprachbarriere. Dadurch ist auch die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, erschwert.

Die Anforderungen an Menschen mit Migrationshintergrund sind sehr hoch, denn es wird häufig verlangt, dass Migrantinnen und Migranten auf ihre eigene Kultur verzichten, um sich an ihre neue Umgebung anzupassen. Aber man weiß, dass eine Integration nie gelingen kann, wenn keine Kommunikation auf Augenhöhe stattfindet, das ist ja bereits ein paar Mal gesagt worden.

**Dr. Nkechi Madubuko:** Dass Migrantinnen und Migranten und ihre Kompetenzen als Bereicherung gesehen werden, ist ein Perspektivwechsel, den Gisela Erler angesprochen hat, der in den letzten Jahren neu hinzu gekommen, aber so natürlich nicht immer da gewesen, ist. Wie ist man auf Sie zugekommen?

**Dr. Pierrette Herzberger-Fofana:** Ich habe sehr viele Vorträge gehalten und wurde von den Grünen gefragt. Als ich meinem Amt zugestimmt hatte, bekam ich auf einmal den Eindruck, ich sei nur für die Belustigung da oder um kulinarische Abende vorzubereiten, deshalb habe ich mich

grundsätzlich geweigert zu kochen. Das ist nicht Politik! Ich bin freiwillig in dieses Land gekommen, aus Liebe zu Goethe. Und so möchte ich einen Beitrag leisten, das positive sowie auch das negative, sprich ein realitätsnahes Bild von Afrika zu zeigen.

**Gabriela Büsselmaier:** Als ich vor über zehn Jahren als Frau in die Kommunalpolitik gekommen bin, war das schon ungewöhnlich. Jetzt sind viele Frauen in der Kommunalpolitik, jetzt ist es nicht mehr ungewöhnlich. Wenn mehr Migrantinnen und Migranten sich in der Kommunalpolitik engagieren, wird auch das langsam normal. Aber das, was Sie empfunden haben, ist Gisela Erler und mir – und wir haben unterschiedliche Lebenswege – in der Kommunalpolitik oder in der Politik allgemein, genauso gegangen.

**Dr. Nkechi Madubuko:** Lucía Muriel, Sie bieten in ihrer Organisation Beratungen, Fortbildungen und Empowerment für Migrantinnen und Migranten an. Was ist das, was die Migrantinnen und Migranten am meisten brauchen?

**Lucía Muriel:** Wir haben festgestellt, dass bei Migrantinnen und Migranten tatsächlich der Bedarf an Know-how, an projekttechnischer oder organisationstechnischer Unterstützung und der Pool an Fragen sehr groß ist. Dazu gehört auch der Wunsch nach einem Austausch zwischen Organisationen und eine Intensivierung der Vernetzung.

**Dr. Nkechi Madubuko:** Gisela Erler, nicht immer hat man zugehört und nicht immer war man auf gleicher Ebene. Sie setzen sich für die zivilgesellschaftliche Beteiligung von Bürgern ein. Glauben sie, dass der Perspektivwechsel die Migrantinnen und Migranten erst noch erreichen muss, bevor diese sich dann auch wirklich angesprochen fühlen?

**Gisela Erler:** Ich denke, dass die zentrale Achse nach wie vor die Verankerung in den Arbeitsmärkten sein wird. Ganz wichtig ist auch das Recht, bei Bürgerentscheiden mitbestimmen zu dürfen. Letztlich hat die Frage der Sensibilisierung auch etwas mit der Frage der Sozialhilfe unter Migrantinnen und Migranten zu tun. In Berlin war der Rassismus gegenüber den Muslimen sehr viel geringer,

<sup>2</sup> Gekürzte Fassung

solange die Berliner Industrie funktionierte und die Menschen Arbeitsplätze hatten.

**Dr. Nkechi Madubuko:** Werner Spec, Sie setzen sich sehr für das Thema Fachkräftemangel ein. Sie hatten auch in Ihrer Rede erwähnt, dass man das Potenzial und die Kompetenzen von afrikanischen Migrantinnen und Migranten mehr sehen muss. Aber auf der anderen Seite steht die Frage, wie Migrantinnen und Migranten in Deutschland wahrgenommen und wie Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten hier aufgenommen werden. Was muss dann aus Ihrer Sicht passieren?

**Werner Spec:** Mit dem Thema Fachkräftemangel wollte ich nur ein Beispiel dahingehend nennen, dass, langfristig gesehen, aus dieser Verwobenheit eine Win-Win-Situation entstehen kann. Zunächst fungieren wir als Initiator konkreter Projekte, die von unseren lokalen Initiativen ausgehen, als „Investor“. Das ist so wie beim ehrenamtlichen Engagement im sozialen und sonstigen Bereich, man muss immer geben, aber jeder profitiert auch davon.

**Lucía Muriel:** Wir sollten versuchen, umzudenken. Wir können nicht nur von Migrantinnen und Migranten sprechen. Ich bin irgendwann nach Deutschland eingewandert, aber ich habe Kinder, die hier aufgewachsen sind, die sich mit Deutschland identifizieren. Und diese Kinder, egal welchen möglichen kulturellen Mischungshintergrund oder welche Hautfarbe sie haben, sie müssen in dieser Gesellschaft partizipieren.

**Gabriela Büssemaker:** Es ist nicht unbedingt eine Sensibilisierung, die notwendig ist, sondern es ist vielleicht ein Schritt Richtung Normalität.

## 3. Freitag, 20. April 2012 – Zweiter Konferenztag

### 3.1 Begrüßung des Veranstalters – Dr. Stefan Wilhelmy, ENGAGEMENT GLOBAL/SKEW



Foto: Heike Hager

Mit den Worten „heute ist Arbeitstag“ eröffnete Dr. Stefan Wilhelmy den zweiten Konferenztag. Bevor er die Bühne den motivierten Teilnehmern überließ, stellte er zunächst ENGAGEMENT GLOBAL und ihre Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vor, die für die Planung und Durchführung der Konferenz zuständig war.

Die ENGAGEMENT GLOBAL existiert seit dem 1. Januar 2012 formal als eine Neugründung des Bundes. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) führt sie zum einen Programme durch und berät Kommunen, aber vor allem auch Nichtregierungsorganisationen, zu den Fragen und Themen der Entwicklungspolitik und vor allem der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Zum anderen verwaltet die ENGAGEMENT GLOBAL Förderprogramme des BMZ. Für weitere Informationen: [www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die im Sommer ihr zehnjähriges Bestehen feiert, ist nach Ansiedlung bei InWent und der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit Anfang des Jahres nun in der ENGAGEMENT GLOBAL niedergelassen.

Die SKEW verfolgt in ihrer Arbeit vor allem drei Themen:

- Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften
- Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene
- Faires Beschaffungswesen, fairer Handel

### 3.2 Dynamisches Kennenlernen – Zu den Teilnehmern

Zu einer ersten intensiven Form der Kontaktaufnahme unter den Teilnehmern trug das dynamische Kennenlernen bei. Dabei ging es darum, dass sich alle Teilnehmenden in Bezug auf Herkunft, Zuwanderungsgeschichte, Wohnort, Funktion und Erwartungshaltung im Raum positionierten. Es wurde sehr schnell deutlich, dass die Mehrheit der Konferenzteilnehmer über eine (Zu-)Wanderungsgeschichte verfügte. So lag der Geburtsort der Eltern oder der eigene der meisten Anwesenden, in einer anderen Region in Deutschland oder auch im Ausland. Kindheit, Schule und Ausbildung fanden anderswo statt, als der Ort an dem sie jetzt ihren Lebensmittelpunkt haben. Somit wurde sehr schnell sichtbar, dass, wie der Moderator Hans Wiertert-Wehkamp eröffnete, Wanderung und Mobilität für viele Menschen zum Leben dazu gehört und etwas ganz Normales ist. Er forderte die Teilnehmenden auf, diese Überlegungen in die Gruppenphase mitzunehmen.



Dynamisches Kennenlernen - Foto: Heike Hager

Weiterhin wurde deutlich, dass das größte Expertenwissen der Anwesenden aus dem Bereich der NGOs kam. Eine geringere Anzahl an Teilnehmern kam aus dem Bereich der Kommunal-, Landes- oder Bundesverwaltung oder aus Wirtschafts- oder Beratungsunternehmen. Durch die Vielfalt der Organisationen, die durch die Teilnehmenden vertreten wurden, aber auch die unterschiedliche Zeitspanne des Engagements im entwicklungspolitischen Bereich, das von wenigen Monaten bis zu mehreren Jahrzehnten reichte, repräsentierten die Anwesenden sehr unterschiedliche Erfahrungswerte und Interessenschwerpunkte. Es zeigte

sich, dass der Umgang mit Vielfalt somit im Rahmen der Konferenz ganz praktisch gelebt werden kann.

### **3.3 Angekommen und angenommen? Das Bild der Mehrheitsgesellschaft von Afrika und den Afrikanern in Deutschland – Veye Tatah, Africa Positive e. V.**



Veye Tatah, Africa Positive e.V. - Foto: Heike Hager

#### **Das Bild Afrikas in Deutschland**

Das Bild Afrikas in der deutschen Öffentlichkeit wird entweder übertrieben negativ oder positiv dargestellt. Im ersten Fall wird Afrika mit Flüchtlingen, Armut und Hungersnöten gleichgesetzt. Im zweiten Fall steht die „schöne“ Tierwelt stellvertretend für einen „exotischen“ Kontinent und für seine Bewohner. Eine realistische Vorstellung darüber, was Afrika als Kontinent kennzeichnet und wie „normale“ Afrikaner leben, gibt es nur selten.

#### **Entstehung des Afrikabildes**

Als Gründe für die Entstehung dieses verzerrten Bildes des Kontinents Afrika führt Veye Tatah einerseits die Ideologie des Eurozentrismus und andererseits die Logik der Massenmedien an. Der Eurozentrismus sehe das (mittlere und westliche) Europa als globalen Mittelpunkt aller Lebens- und Wissensbereiche. Europa setze vordefinierte Maßstäbe und Kriterien. Der eurozentrischen Ideologie zufolge kann es keine Errungenschaften außerhalb und

ohne Europa geben. Diese Sicht führt dazu, dass Afrika nur als gesichtsloser und hoffnungsloser Kontinent vorgestellt werden kann. Der massenmedialen Logik folgend seien nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten. Daraus ergibt sich laut Veye Tatah zwangsläufig eine negative Berichterstattung über Afrika in Wort, Schrift und Bild.

#### **Der Verein „Africa Positive“**

Ziel des Vereins Africa Positive ist es, ein alternatives, realistisches Bild des afrikanischen Kontinents in Deutschland zu vermitteln. Dies leistet der Verein im Rahmen von Medien-, Bildungs- und Integrationsarbeit. Ebenso geht es Africa Positive um eine differenzierte objektive Berichterstattung über Afrika, die der Vielfalt und den positiven Entwicklungen des Kontinents Rechnung trägt. Der Verein setzt sich auch dafür ein, dass die heterogenen Kulturen Afrikas in den Medien Berücksichtigung finden sowie afrikanische Vorbilder ihren Platz bekommen. Innerhalb der afrikanischen Diaspora in Deutschland fördert der Verein die Stärkung des afrikanischen Selbstbewusstseins. Integrationsprozesse würden nach Einschätzung von Veye Tatah verbessert, wenn man sich in Deutschland auf Augenhöhe gegenüberstehen könne.

#### **Heterogene Diaspora**

Ebenso wie es aus der Sicht des Vereins nicht „ein“ Afrika gibt, begreift er auch die Diaspora als sehr heterogen. Veye Tatah zufolge leben in Deutschland insgesamt rund 276.000 Afrikaner ohne deutschen Pass und etwa genauso viele Männer und Frauen afrikanischer Herkunft mit deutschem Pass. Herkunftsregionen dieser Afrikaner sind hauptsächlich West- und Nordafrika, der südliche Teil des Kontinents ist hingegen nur sehr gering vertreten. Für die Diaspora sind sämtliche Berufsgruppen, soziale Klassen und Altersgruppen vertreten. In der Diaspora gebe es auch einige Hindernisse. Veye Tatah führt mangelndes Selbstbewusstsein, fehlendes Vertrauen und Respekt, fehlende Wertschätzung von erzielten Erfolgen sowie mangelnde Anerkennung eigener Vorbilder als Beispiele an.

### Entwicklungspolitisches und wirtschaftliches Engagement

Die in Deutschland lebenden Afrikaner sind keinesfalls untätig. Sie engagieren sich in unterschiedlichen Vereinen mit sehr verschiedenen Themenschwerpunkten. Afrikanische Vereine hätten allerdings auch das Problem, das Vereine im Allgemeinen betreffe: fehlende finanzielle und personelle Ressourcen sowie mangelnde Infrastruktur, um die geplanten Aktivitäten umzusetzen.

### Potenziale der afrikanischen Diaspora

Veye Tatab erklärt, dass die afrikanische Diaspora in Deutschland ungenutzte Potenziale berge. Durch deren gezielte Einbindung u. a. in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse in den Herkunftsländern könnten Fachkompetenz, Knowhow sowie interkulturelle und sprachliche Kompetenzen der Afrikaner in Deutschland als Ressourcen genutzt werden. Hieraus könne sich eine Win-Win-Situation ergeben, schließt Veye Tatab.

**Veye Tatab** ist ausgebildete Diplom-Informatikerin. Sie arbeitet als selbstständige Beraterin und Projektmanagerin im Bereich Informationsmanagement sowie im politischen und kulturellen Bereich. Als ehrenamtliche Chefredakteurin des Vereins Africa Positive e. V. erhielt sie im Februar 2010 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

### 3.4 Austausch in Fünfer-Gruppen – Sammlung von Eindrücken und Erkenntnissen aus der ersten Konferenzphase

Der Austausch in Fünfer-Gruppen diente dazu, dass die Konferenzteilnehmer sich intensiver kennenlernen und ihre Einschätzungen zu den bisherigen Impulsen der Konferenz zusammentragen konnten. Die Teilnehmer reflektierten dabei die Aussagen der verschiedenen Referenten im Kontext ihrer eigenen Einschätzung zur Ist-Situation in Deutschland. Aus diesem Austausch wurden erste Handlungsansätze und Forderungen sichtbar.



Angeregte Diskussionen - Foto: Heike Hager

1. Aufgrund der Wanderungsgeschichte der in Deutschland lebenden Afrikanern ist es wichtig, die eigene Identität zu definieren und zu stärken, damit die Afrikaner ihre Kompetenzen auch in einem ihnen fremden Land ausschöpfen und nutzen können. In diesem Kontext merken Teilnehmer an, dass es notwendig sei, das Selbstbewusstsein der Diaspora zu stärken. Teilnehmerin: „Wenn der Mensch weiß, wer er ist, kann er auch darüber hinaus Stärken und Werte entwickeln“
2. Vielen Teilnehmern ist es ein Anliegen, die afrikanische Diaspora sichtbarer zu machen. Die Wahrnehmung ist, dass sie sich momentan noch zu wenig repräsentierte und somit in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht sehr präsent sei.
3. Durch verstärkte Vernetzung innerhalb der Community sollte eine Maximierung der Potenziale erreicht werden. In diesem Kontext sollten gezielt die vorhandenen Potenziale von Zugewanderten in den Blick genommen werden. Dabei kann unter anderem auf die spezielle Kompetenz der Afrikaner als Brückenbauer (zwischen Nationen, Migranten, etc.) zurückgegriffen werden.

Teilnehmer: „Wir müssen uns an der Gestaltung unserer Zukunft beteiligen. Wenn wir das nicht machen, machen andere das für uns.“

4. Migranten sollten mittendrin und nicht im Abseits agieren. Sie wollen eine verstärkte Selbst- und Mitbestimmung erreichen und somit Eigenverantwortung

übernehmen. („Fordern und Fördern“) Dazu gehören auch die aktive (politische) Partizipation und das Bestreben, Afrikaner in den gesellschaftlichen Diskurs mit einzubinden.

Teilnehmer: „Wenn wir erreichen wollen, dass nicht über uns geredet, sondern dass mit uns geredet wird, dann müssen wir auch da sein. Die politische Partizipation ist bei den afrikanischen Communities nicht so ausgeprägt.“

5. Die Konferenzteilnehmer teilen Veye Tatahs Sichtweise über das fehlende Vertrauen der Afrikaner untereinander. Eine der Forderungen ist dementsprechend, dieses zu stärken. Dazu gehört auch, mehr Toleranz und Offenheit gegenüber kritischen Stimmen in der Kommunikation zwischen Vereinen zu leben.
6. Abseits der angloamerikanisch geprägten Pfade sollten eigene Vorbilder gesucht und geschaffen werden. Eine Forderung ist dementsprechend, selbst Vorbild zu sein.
7. Die Teilnehmer äußerten sich ebenfalls in Bezug auf rechtliche und soziale Beschränkungen. Selbst wenn Gesetze verabschiedet würden, die der Migration förderlich seien, käme es häufig zu Problemen in der Umsetzung – entweder von staatlicher Seite oder vonseiten der Gesellschaft. So komme es dazu, dass nach wie vor hohe Hürden und Integrationsschwierigkeiten in Deutschland existierten, die die Partizipation und die Zusammenarbeit auf Augenhöhen hinderten. Als Beispiel wird die Komplexität der Sprach- und Integrationskurse genannt. Es sollte eine praktische politische Steuerung erreicht werden, damit Konzepte gelebte Realität werden und nicht reine Rhetorik blieben. Momentan gebe es zwar zum Beispiel das Anerkennungsgesetz, dennoch hätten Migranten immer noch deutliche Schwierigkeiten in Bezug auf die Anerkennung ihrer Fachkompetenz. Zudem werden ein vereinfachter Zugang zu Sprach- oder Integrationskursen und die Durchführung qualifizierter Informationsveranstaltung gefordert.

Teilnehmerin: „Viele gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker arbeiten im Niedriglohnbereich und das soll sich ändern.“

8. Es sollte weniger ehrenamtliche Mitarbeit und mehr bezahlte Arbeit geben. In diesem Kontext könnte die Rolle der Kommunen in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wichtig werden. Generell gilt es, diese zu stärken.
9. In Bezug auf die kulturelle Identität und Zugehörigkeit wurde betont, dass *die* Afrikaner keine homogene Gruppe seien. Der Reichtum und die Vielfalt des Kontinents Afrika sollten gezeigt, anerkannt und respektiert werden.
10. Die tägliche Diskriminierung von Afrikanern in der deutschen Gesellschaft ist noch weit verbreitet. Es muss noch mehr Antirassismusbildung in Deutschland betrieben werden. Dabei darf auch die Geschichtsträchtigkeit der deutsch-afrikanischen Beziehung nicht vergessen werden.
11. Nach der Rede von Veye Tatah machten sich mehrere Kleingruppen Gedanken über die Rolle von Presse und Medien. Es fielen Begriffe wie „Medienhölle“. Der Einfluss auf die Einstellung und das Verhalten der Menschen sei sehr groß. Vor allem visuelle Medien, so wurde vielen klar, könnten durch die Bilder eine große Macht ausüben und somit den Blick der Gesellschaft prägen. Um diesem Einfluss entgegen zu wirken, müsse verstärkt auf eine differenzierte Medienberichterstattung Wert gelegt werden. In Mediendebatten beschäftigte man sich schon seit längerer Zeit mit Medienbildung und Medienkompetenz. Es gelte, auf eine positive und realitätsnahe Berichterstattung über Afrika hinzuwirken.
12. In Bezug auf das Partnerschaftsverhältnis und die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und deutschen Schülern sollte ein Umdenken stattfinden. Bislang wurden, mit dem Willen Gutes zu tun, auch in Ludwigsburg Gelder für „arme afrikanische Schülerinnen und Schüler“ gesammelt. Der Vorschlag aus dem Plenum war, diese Zusammenarbeit in eine Schulpartnerschaft umzuwandeln und somit eine tiefgreifendere



und kollegialere Zusammenarbeit zu erreichen. Auch in anderen Bereichen sollte die herkömmliche Entwicklungshilfe durch Partnerschaften und Kooperationen ersetzt werden.

13. Teilnehmende verweisen auf die aktuelle Situation in der Integrationsdebatte. Wie auch in den Vorträgen des ersten Konferenztages erwähnt wurde, hat Deutschland einen Paradigmenwechsel vollzogen. Einwanderer sind keine Gastarbeiter mehr. Deutschland wird zunehmend Heimat und Lebensmittelpunkt für einen Großteil der Zuwanderer. Hier wird gefordert, sich mehr mit den Fragen auseinanderzusetzen, was Diaspora bedeute und welche Rolle der Einzelne in der Diaspora spiele .

### 3.5 Workshop-Phase – Parallele Arbeitsgruppen

Aufbauend auf den Handlungsempfehlungen und Forderungen aus der ersten Arbeitsgruppenphase bestand die Herausforderung der folgenden Workshop-Phase darin, die vielfältigen kulturellen und beruflichen Hintergründe, die unterschiedlichen Perspektiven, Interessengebiete und Vorstellungen der Teilnehmenden in Form von konsensfähigen Handlungsempfehlungen zusammenzuführen.

Dabei wurde nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Wirtschaftsunternehmen als wichtig angesehen, sondern auch die Mitarbeit der öffentlichen Seite. Kommunen fungierten häufig als Ansprechpartner, als neutrale Instanzen, als Beratungs- oder Anlaufstellen bei spezifischen Problemen. In der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass nicht die Bewertung von Perspektiven maßgeblich ist. Vielmehr, und dafür plädierte Hans Wiertert-Wehkamp, sei es wichtig, die Perspektiven zusammenzuführen und gemeinsame Strategien und Schlussfolgerungen abzuleiten.

Durch die Arbeit in vier parallelen Arbeitsgruppen wurde gewährleistet, dass auf dieser Konferenz Erfahrungen,

erprobte Strategien, neue Ideen und Tatendrang zusammenkamen.

Die vier parallelen Arbeitsgruppen befassten sich inhaltlich mit Fragen der kommunalen Steuerung des Zusammenwirkens von Migration und Entwicklung, Vernetzung, Anerkennung von Kompetenzen und der interkulturellen Ausrichtung der Kommunen und der Eine-Welt-Vereine. Ziel der Arbeitsgruppen sollte es sein, Handlungsempfehlungen zu formulieren und somit Leitlinien für die praktische Arbeit zu entwerfen. Nach einem einführenden Kurzvortrag zum jeweiligen Gruppenthema von ausgewählten Referentinnen und Referenten sollte in einem Erfahrungsaustausch reflektiert werden, wo Stärken und wo Defizite in Bezug auf das jeweilige Thema gesehen werden und wie man diese als Potenziale aufgreifen und nutzen kann.

#### AG 1: Kommunale Steuerung des Zusammenwirkens von Migration und Entwicklung



Kernaussagen AG 1 - Foto: Heike Hager

Teilnehmer: „Als entwicklungspolitischer Experte bin ich der Meinung, die Entwicklung muss von unten anfangen.“

Impulsgeber dieser Arbeitsgruppe war Saliou Gueye, seit 2007 Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg. Bevor er 1997 aus dem Senegal nach Deutschland kam, studierte Saliou Gueye Literatur und arbeitete als Lehrer.

Im Jahr 2000, am Ende seines Studiums zum Ingenieur im Bereich Stadtplanung und Soziologie, erhielt er den DAAD-Preis für besondere Leistungen ausländischer Studierender.

Nach Abschluss eines europäischen Masterstudiums mit Schwerpunkt internationale humanitäre Hilfe und Menschenrechte sammelte Saliou Gueye zuletzt Erfahrungen in Mannheim als Projektleiter eines Stadtteilmanagement-Projekts.



*Impulsreferat AG 1: Saliou Gueye - Foto: Heike Hager*

Saliou Gueye ist aufgrund seiner Erfahrungen der Ansicht, dass Entwicklungspolitik nur im breiten Dialog mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren nachhaltige Erfolge erzielen kann. Aus diesem Grund ist es nach seiner Einschätzung wichtig, dass Kommunen sich dafür einsetzen Migrant\*innenorganisationen und auch weitere NROs für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen. In diesem Zusammenhang betonte er den Vorbildcharakter der Stadtverwaltung. Strukturell sei in Ludwigsburg zum Beispiel einzigartig, dass es einen eigenen Fachbereich für bürgerschaftliches Engagement mit neun Abteilungen gebe. Des Weiteren zeige die Stadt großen Einsatz, wenn es darum geht, Bewusstsein zu schaffen und Projekte zu organisieren. Der Ludwigsburger Afrikatag sei zum Beispiel in diesem Jahr bereits zum fünften Mal durchgeführt worden. Zudem

bestehe eine Partnerschaft „Afrika-hilft-Afrika“ zwischen Ludwigsburger Afrikanern und der Ludwigsburger Partnergemeinde Kongoussi in Burkina Faso. Nicht zuletzt nehme Ludwigsburg durch die Ausrichtung von bundesweiten Konferenzen – 2010 gab es bereits eine Konferenz zu kommunalen Partnerschaften mit Afrika – eine besondere Position in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ein. Durch diese Projekte, aber auch durch Vorreiter, wie den Integrationsbeauftragten Saliou Gueye selbst, könnten diese positiven Beispiele Ansporn geben, Motivation schaffen, sodass letztendlich mehr Migranten den Weg in den entwicklungspolitischen Dialog fänden und zu einer interkulturellen Öffnung von (politischen) Institutionen beitragen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Verankerung von Migration und Entwicklung in der Kommune als Querschnittsaufgabe ist nach Saliou Gueye die Präsenz dieser Themen im kompletten Bereich der kommunalen Steuerung. Umso wichtiger sei es aus diesem Grund, Migranten mit ihren spezifischen Kompetenzen zu sehen und zurate zu ziehen, denn diese reiche, aufgrund von zusätzlichen sprachlichen und kulturellen Kenntnissen häufig über den Bereich des Fachwissens hinaus.

Kommunale Steuerung und Förderung der Zusammenarbeit sei wichtig. Wo, wenn nicht auf dieser Ebene, erhielten Bürger die Möglichkeit, sich zu engagieren und sich mit ihrem speziellen Wissen einzubringen. Gerade im Bereich Migration und Entwicklung biete kommunale Arbeit eine gute Grundlage, um eine zielorientierte, durchdachte Vorgehensweise unter Beteiligung verschiedenster Akteure von unten zu beginnen.

Mit seinem Impulsreferat gab Saliou Gueye einen guten Einblick in die vielfältigen Chancen eines systematischen kommunalen Engagements. Die Ergebnisse der anschließenden Gruppendiskussion bauten darauf auf und lassen sich zu vier Kernthemen zusammenfassen.



## 1. Stärkung der Migrantenorganisationen (MOs) ist selbstverständliche kommunale Arbeit

Die langfristige Stärkung und Unterstützung von Migrantenorganisationen im Bereich Migration und Entwicklungszusammenarbeit braucht auf der kommunalen Ebene eine konzeptionelle Verankerung (Ratsbeschluss, Verfügung des (Ober-) Bürgermeisters oder Landrates). Damit verbunden braucht es verbindliche Förder- und Unterstützungsstrukturen (Ansprechpartner, Räume, finanzielle Ressourcen). Des Weiteren bedarf es einer kommunal koordinierten Vernetzung von Migrantenorganisationen, Eine-Welt Initiativen und weiteren zivilgesellschaftlichen Institutionen als Basis zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und zur Professionalisierung von MOs und NROs.

Festgestellt wurde in der Diskussion von vielen Beteiligten, dass es bereits eine Vielzahl von engagierten Migrantenorganisationen gibt. Häufig sind die Mitglieder jedoch rein ehrenamtlich tätig und haben nur ungenügenden Zugang zu möglichen Ressourcen und Schlüsselpersonen. Zur Unterstützung dieser Organisationen sollte es Aufgabe der Kommune sein, Fort- und Weiterbildungen zu organisieren, damit Mitglieder von Migrantenorganisationen weitere für die erfolgreiche Arbeit notwendige Kompetenzen – bspw. im Projektmanagement oder in der Akquise – erlangen können oder Informationen über Strukturen von Vereinen und Institutionen bekommen.

## 2. Politik erkennt die Vielfalt als Bereicherung und nimmt Migranten gezielt als kompetente Akteure wahr

Diese abstraktere Handlungsempfehlung ist sehr weitreichend und dadurch schwerer greifbar. Sie richtet sich an alle drei im Diskurs um die kommunale Steuerung beteiligten Personengruppen – an politische Parteien und die öffentliche Verwaltung, an Migranten selbst und an die weitere Zivilgesellschaft.

Von den Teilnehmenden wird eine systematische öffentliche Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit in den Migrantenorganisationen als ein wesentlicher Punkt angesehen. Dieses kann unter anderem durch regelmäßige

Berichte in den lokalen Medien, durch die Einladung zu Empfängen oder durch spezifische Auszeichnungen umgesetzt werden. Beispielsweise seien hier genannt:

- Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters,
- Agenda-Preisverleihung,
- Mitwirkung von Migrantenorganisation in kommunalen Initiativkreisen, Gremien oder an Ehrenamtsbörsen
- Aktionen zum fairen Handel

Durch eine gezielte Einbindung können die vielfältigen Kompetenzen von Migranten auf kommunaler Ebene deutlicher sichtbar und gleichzeitig Probleme und Konflikte leichter angegangen und auch bewältigt werden.

Zudem können entwicklungs- oder gesellschaftspolitisch engagierte Migranten mit ihrer Stimme als Vorbilder fungieren und damit das zivilgesellschaftliche Engagement in ihren Communities stärken.

Deutlich wurde in der Diskussion in der Arbeitsgruppe, dass ein Perspektivwechsel bei den kommunalen Schlüsselakteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag zu einem positiven Klima des Miteinanders in der Kommune leisten kann. Dieses ist wiederum eine wichtige Basis, um das Engagement von Migrantenorganisationen im entwicklungspolitischen Bereich zu fördern und verstärkt Formen des interkulturellen Miteinanders in der Entwicklungszusammenarbeit zu etablieren .



Diskussionsrunde AG 1 - Foto: Heike Hager

### **3. Kulturelle Vielfalt und interkulturelle Öffnung der Verwaltung fördern**

Die Anerkennung der Vielfalt von Zugewanderten allein reicht nach Einschätzung der Teilnehmenden nicht aus. Es bedarf einer konzeptionell verankerten und durch politischen Beschluss verbindlich angestrebten interkulturellen Öffnung der Verwaltung sowie einer entsprechenden Selbstverpflichtung der Eine-Welt Organisationen. Gleichzeitig bedarf es auch des Mutes und der Bereitschaft der migrantischen Vertreter, sich in Eine-Welt Organisationen, Gremien und politischen Parteien zu engagieren.

Ein besonderes Augenmerk sollte in diesem Zusammenhang auch auf Personen gerichtet werden, die in Asylbewerberheimen untergebracht sind. Hier leben Menschen, die schwierigste politische oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen in ihren Herkunftsländern erlebt haben. Da sie häufig noch relativ kurze Zeit in Deutschland leben, können sie die lokale entwicklungspolitischen Debatten durch persönliche, aktuelle Erfahrungen und Kenntnisse bereichern. Voraussetzung ist, dass die traditionellen Eine-Welt Akteure sich unabhängig von ihren spezifischen Projekten für die subjektiven Sichtweisen der „Neuzuwanderer“ interessieren. Gleichzeitig könnte durch entsprechende Dialogprozesse das Bedürfnis der Flüchtlinge nach Kontakten und Unterstützung bei ihrer häufig sehr unsicheren Lebenssituation zumindest teilweise erfüllt werden.

Als praktisches Beispielprojekt schlägt die Gruppe vor, gemeinsam das Thema „Konsum“ zu bearbeiten. Die deutsche „Wegwerfmentalität“ könnte von Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung thematisiert werden. Als positives Gegenbeispiel kann die afrikanische „Recycling-Art“ dargestellt werden. Gewünscht wird, dass auf kommunaler Ebene an praktischen Beispielen verdeutlicht wird, wie kulturelle Vielfalt genutzt werden kann, um gesellschaftliche Prozesse zu modifizieren.

Weitere Ideen für interkulturelle Aktivitäten und potenzielle Kooperationspartner waren:

- interkulturelle Workshops
- internationale Feste
- Begegnungen im Stadtteil
- Quartierarbeit und Vernetzung mit anderen Akteuren
- Einbeziehung von Kindern, Arbeit in Kindergärten und Schulen
- Foren schaffen, in die Migranten sich einbringen können

### **4. Kompetenzen von Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) werden systematisch einbezogen**

Um Migranten mit ihren Kompetenzen in der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen und zu integrieren, hält die Arbeitsgruppe es für notwendig, einen Imagewandel in Bezug auf Afrika einzuleiten, in dem auch qualifizierte und gut ausgebildete Afrikaner dargestellt werden und die Qualitäten der Länder zur Sprache kommen. Man geht davon aus, dass durch ein verändertes Bild die kommunalen Akteure die vorhandenen Kompetenzen der Menschen mit afrikanischen Wurzeln auch in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit stärker abrufen würden.

Um das Ziel zu erreichen, plädiert die Gruppe dafür, den Migranten mehr Verantwortung zuzusprechen. Sie sollen sich in ihren Kommunen dafür einsetzen, das Bild Afrikas zu verändern und somit ihre bereits vorhandenen Kompetenzen einbringen oder ggf. ausbilden. Die Berichterstattung über Afrika sollte von Afrikanern selbst übernommen werden oder in Zusammenarbeit mit jungen – möglicherweise migrantischen – Journalisten geschehen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Vernetzung und der Datenaustausch, um eine gewisse Repräsentativität zu erreichen. Des Weiteren sollten Strukturen für Jugendliche geschaffen werden, um vorhandene Potenziale weiterzuentwickeln und langfristig ein positives Afrika-Bild herzustellen.

## AG 2: Vernetzung gestalten!

Teilnehmer: „Ich finde Vernetzung sehr wichtig. Es geht um Erfahrungsaustausch und von Know-how. [...] Ich habe festgestellt, dass es so viele Initiativen und Gemeinden gibt, die dasselbe Ziel verfolgen, aber häufig werden keine Verbindungen gezogen.“

Paulino José Miguel, der Referent dieser Arbeitsgruppe, studierte Erziehungs- und Politikwissenschaft an den Universitäten in Heidelberg und Aarhus (Dänemark).

Zu seinen Tätigkeiten zählen u. a. die Reintegration von ehemaligen Kindersoldaten, Vereinsarbeit und die wissenschaftliche Mitarbeit bei DOMiD (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.).

Zurzeit ist er Projektleiter des Bereiches Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit beim Forum der Kulturen Stuttgart e. V. – Dachverband der Migrantenvereine und Stuttgarter Interkulturbüro.



Vernetzung gestalten AG 2 - Foto: Heike Hager

Paulino José Miguel merkte an, dass insbesondere bei den – trotz vieler Fortschritte – dennoch oftmals strukturell marginalisierten Akteuren der afrikanischen Diaspora im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und damit verknüpften Themenbereichen, Vernetzung besonders wichtig sei. Der Transfer vorhandener Expertise und Erfahrung müsse über die Vernetzung einem möglichst breiten Nutzerkreis zugänglich gemacht werden, damit nicht jeder Akteur der Diaspora immer wieder von vorne anfangen müsse. Um ihre Präsenz und ihren Einfluss schnellstmöglich steigern zu können, sei der Vernetzungsprozess eines der effizientesten Mittel und daher als unerlässlich anzusehen. Kreis-, Landes- oder sonstige Verwaltungsgrenzen dürften bei der Vernetzungsarbeit kein Hindernis sein.

Die von Paulino José Miguel vertretene Meinung fand auch in der Arbeitsgruppe eine große Resonanz. „Wir brauchen die Vernetzung. Sie hat eine große Bedeutung und fungiert als Bindemittel zwischen einzelnen Faktoren, bspw. den Kompetenzen.“, antwortete Claude Keil vom Freundeskreis Afrika e. V., auf die Frage, warum er dieses Thema für relevant und wichtig halte. Durch Vernetzung würden Organisationen zusammengebracht und zusammengehalten, sie könnten sich durch den Austausch von Erfahrungen gegenseitig unterstützen und Ressourcen schonen. Das sprichwörtliche „Rad, das immer wieder neu erfunden wird“, wurde zum Schlagwort der Konferenz, das, sobald Vernetzung zur Sprache kam, häufig aufgegriffen wurde. Bereits bei der weiter oben aufgeführten Kennenlernrunde wurde deutlich, dass dem Thema Vernetzung eine sehr hohe Relevanz zugesprochen wird, dass dort aber auch noch eine Menge Entwicklungspotenzial vorhanden ist.

Positiv sehen die Gruppenmitglieder, dass der Wille zur Kooperation vorhanden sei. Vielerorts bestehe bereits ein gegenseitiger Austausch und Kommunen wendeten sich zunehmend auch an Migranten, sodass diese – so der Tenor in der Gruppe – eine steigende Wertschätzung vernähmen. Als positives Beispiel für Vernetzung wird der Kontakt zwischen Diaspora und Orten in Afrika aufgeführt. Somit komme es zu globaler Kommunikation und Beeinflussung.

Vernetzung sei kein neues Thema. Vielerorts sei dieser Prozess bereits in Gang gesetzt, sodass auf Strukturen zurückgegriffen werden könne und nicht „bei Null“ angefangen werden müsse.

An dieser Stelle sei noch mal darauf verwiesen, dass die SKEW bereits vor einigen Jahren im Rahmen eines Modellprojektes begonnen hat, die Vernetzung und den längerfristigen Erfahrungsaustausch aller lokalen Akteure aus fünf aktiven und engagierten Kommunen zu unterstützen. Inzwischen gibt es darauf aufbauend ein stetig wachsendes bundesweites Netzwerk mit regelmäßigen bundesweiten Netzwerktreffen.

Trotz der bereits bestehenden Kooperationen liegen nach Einschätzung der Teilnehmenden verschiedene Herausforderungen vor allem in der Nutzung und Wertschätzung der migrantischen Potenziale, der (internen) Evaluation, der Visualisierung oder dem Empowerment von Leadership. Dieses wird als Notwendigkeit angesehen, denn es sei dem Prozess nicht immer dienlich, wenn einzelne Akteure die ganze Verantwortung für ein Projekt trügen. Je mehr Leute sich engagierten, desto besser könnten Aufgaben verteilt werden, wodurch effektiver und wirksamer gearbeitet werden könne. Im Weiteren lag der Fokus besonders auf Themen, die die Interkulturalität betreffen, bspw. Kommunikation. Auch bezüglich der Kommunikation zwischen und der Transparenz in Organisationen sehen Gruppenmitglieder noch deutliche Entwicklungspotenziale. Zudem fehlte häufig eine klare Ausrichtung und Struktur in den einzelnen Organisationen und auf der Vernetzungsebene, sodass eine thematische Festlegung nur sehr schwer erfolgen könne.

Kulturelle Barrieren sowohl unter Afrikanern als auch zwischen Afrikanern und Vertretern der Mehrheitsgesellschaft be- oder verhinderten oftmals eine effiziente Vernetzung, bei der es primär darum gehen sollte, dass gemeinsames Wissen, gemeinsame Erfahrungen und sonstige Ressourcen besser genutzt werden. Afrikanische Vernetzung völlig ohne Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft eines Landes könne nicht funktionieren – selbst wenn alles andere zur Verfügung stünde, wäre man immer noch auf finanzielle Mittel

oder Infrastruktur angewiesen. Häufig bestünden jedoch interkulturelle Missverständnisse oder auch Kontaktängste, die dann wiederum die Zusammenarbeit und damit die Vernetzungsarbeit maßgeblich gefährdeten. Durch Förderung von Interkulturalität sei es demnach möglich, besser zusammenzuarbeiten, voneinander zu profitieren und ein umfassendes Networking zu erreichen.



*Arbeitsgruppe Vernetzung gestalten - Foto: Heike Hager*

Ein wesentlicher Aspekt der Diskussion war es auch, darauf hinzuweisen, dass es verschiedene Ebenen der Vernetzung gibt. Es ist zu unterscheiden auf der einen Seite zwischen kommunaler, regionaler oder überregionaler Vernetzung von Migrantenorganisationen und Eine-Welt Akteuren. Auf der anderen Seite können auch ethnische oder thematische Netzwerke hilfreich sein. Inhaltlich gilt es zu unterscheiden zwischen Netzwerken, die vornehmlich

- der fachlichen Weiterentwicklung (Professionalisierung) der MOs und NROs durch Informationsaustausch, Qualifizierung, Beratung und finanzielle Unterstützung dienen.
- Lobby- und Informationsarbeit oder Bewusstseinsbildung leisten wollen.
- kommunalen Strategien der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen.
- partikulare Interessen verfolgen.

Je nach Zielsetzung sind unterschiedliche Strukturen, Arbeitsweisen, Impulse und Koordinationsverfahren notwendig.

### AG 3: Kompetenzen anerkennen und entwickeln: Schlüsselfaktoren für wirtschaftliche Teilhabe und entwicklungspolitisches Engagement

Dieser Arbeitsgruppe lagen gleich zwei Impulsvorträge zugrunde. Der erste von Alexander Kreher, der zweite von Providence Tuyisabe. 1993 schloss Alexander Kreher das Studium der Sozialwissenschaften, Politik und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz mit Diplom ab.

Nach Erfahrungen im Europäischen Parlament und Arbeitsverhältnissen bei der Mercedes Benz AG und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, ist er seit 1997 für die Landeshauptstadt Stuttgart zunächst im Bereich der europäischen und internationalen Angelegenheiten tätig.

Seit Mai 2005 ist er Leiter der Abteilung Außenbeziehungen der Landeshauptstadt Stuttgart.

Providence Tuyisabe wurde in Ruanda geboren. Im Rahmen eines Stipendiums kam er nach Deutschland, wo er Wirtschaftsingenieurwesen studierte und mit einem Diplom abschloss. Er ist Vorsitzender des seit 2002 bestehenden Globalen Netzwerks der Rwandischen Diaspora (RDGN) – Rwanda Diaspora Global Network in Deutschland. Weitere entwicklungspolitische Engagements: Vorstandsvorsitzender des „Rwanda SparKlub München e. V.“, Mitglied des Board of Directors bei „G2020 Investment Corporation Ltd.“

In seinem Kurzvortrag sprach Alexander Kreher zunächst über die Stuttgarter Eine-Welt-Partnerschaften. Dabei nahm er Bezug auf ein Projektbeispiel, an welchem das Wirtschaftsministerium in den Jahren 2002 bis 2005 beteiligt war. Zu dem Thema „Fortbildung von Handwerkern in Kairo“ wurde ein Stadtentwicklungs- und Denkmalpflegeprojekt im Rahmen der Förderung der Städtepartnerschaften in der Altstadt von Kairo durchgeführt. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg finanzierte Weiterbildungskurse für die traditionellen Handwerker aus dem informellen Sektor. In den Kursen wurden den Handwerkern die modernen denkmalpflegerischen Techniken zur Sanierung der Baudenkmäler

im Rahmen des Stadtentwicklungs- und Denkmalpflegeprojekts vermittelt. Durch die Weiterbildungen wurde sowohl das traditionelle Wissen der Handwerker gesichert, als auch deren Existenz. Die Federführung des Projekts hatte der Abteilungsleiter für Denkmalschutz im Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Stuttgart. (Quelle: [http://www.europabuero-bw.de/input/20060324\\_input/10\\_netzwerke\\_stuttgarter\\_partnerschaft-eine\\_welt.pdf](http://www.europabuero-bw.de/input/20060324_input/10_netzwerke_stuttgarter_partnerschaft-eine_welt.pdf))



Kernaussagen AG 3 - Foto: Heike Hager

An diesen Vortrag schloss sich der Impulsvortrag von Providence Tuyisabe an. Er reichernte durch seine rhetorischen Fragen zu Kompetenzen von Migranten und deren Anerkennung, Sichtbarmachung, Entwicklung und Nutzung die anschließende Diskussion an. Es gelang ihm durch seine Fragen verschiedene Aspekte in den Blickpunkt zu rücken, die auch vielen Teilnehmenden auf den Nägeln brannten. Beispielsweise fragte er:

- Welche Kompetenzen brauchen afrikanische Migranten für eine erfolgreiche wirtschaftliche Teilhabe in der Gesellschaft?



- Warum funktioniert trotz vorhandener (formaler) Kompetenz die wirtschaftliche Teilhabe nur unzureichend?
- Mit welchen Barrieren werden hochqualifizierte Migranten konfrontiert?
- Was können afrikanische Migranten selbst tun, um ihre wirtschaftlichen Teilhabechancen zu verbessern? Wie können sie ihre migrationsspezifischen Kompetenzen sichtbar machen?
- Welche Unterstützungsmaßnahmen können dabei helfen?
- Inwieweit sind Migranten-Netzwerke und Organisationsstrukturen für den Erfolg wichtig?
- Welche Auswirkungen und Nutzen ergeben sich für die Wirtschaft und für die Gesellschaft (in Herkunfts-/ Aufnahmeländern) aus der erfolgreichen wirtschaftlichen Teilhabe von Migranten?

Einig waren sich die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe darin, dass die Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabechancen ein wichtiger Grundstein dafür ist, dass Migranten auch sich als gleichberechtigte Partner auf der kommunalen Ebene und im developmentpolitischen Kontext anerkannt und ernstgenommen fühlen können.

Teilnehmerin: „Wir sind nicht mehr die Gastarbeiter, keine Putzfrauen. Deutschland braucht uns für die Wirtschaft.“

Teilnehmerin: „Engagement muss geschätzt werden. Wir machen es, weil wir Lust haben, aber man soll wissen, was wir machen.“

Diese Aussagen zweier Teilnehmerinnen zeigen deutlich, dass qualifizierte Kräfte ihre Stellung in der Gesellschaft mit steigendem Selbstbewusstsein einfordern. Gleichzeitig wurde aber betont, dass in Deutschland eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit bzgl. Themen, die die Migration betreffen, herrscht. Viele Gruppenteilnehmer sehen auch das ehrenamtliche Engagement als Chance, etwas zu bewegen und stärker wahrgenommen zu werden. Sie stellen positiv fest, dass sich eine Vereinsgründung meist relativ problemlos gestalten lasse und dass darüber leichter Zugänge zu wichtigen kommunalen Schlüsselpersonen hergestellt werden könnten. Auf der Ebene von konkreten

Projekten funktionierten der gegenseitige Austausch und die Weitergabe von Wissen bereits sehr gut. Einheimischen Institutionen und potenziellen Arbeitgebern sei durchaus bekannt, dass die Migranten, die sich zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, häufig sehr motiviert seien und über wichtige Kompetenzen im Bereich des (Selbst-) Managements verfügten.

Im Hinblick auf die vorhandenen Potenziale entwickelte die Gruppe verschiedene Ansatzpunkte, die für eine bessere Teilhabe in Wirtschaft und Politik relevant sind.

### 1. Kompetenzen anerkennen

Vorhandene Kompetenzen, die im Ausland erworben wurden und deshalb schwer vergleichbar bzw. in das vorhandene Bewertungssystem einzuordnen sind, sollten transparenter gemacht und anerkannt werden. Um dieses zu erreichen, muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. Vor dem Hintergrund des zum 1. April 2012 in Kraft getretenen Berufsanerkennungsgesetzes waren sich die Teilnehmenden einig darin, dass die afrikanischen Communities sich dem Thema stellen müssen.

#### Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in Deutschland wird erleichtert. Der Bundesrat hat am 4. November 2011 das Gesetz gebilligt, das der Bundestag am 29. September 2011 beschlossen hat (Bundestags-Drucksache 17/6260). Nach dem Berufsanerkennungsgesetz müssen Kammern und Behörden die Qualifikationen von Einwanderern künftig anhand eingereicherter Unterlagen innerhalb von drei Monaten prüfen. Im Vergleich zur deutschen Ausbildung bestehende Lücken können künftig nachgearbeitet werden. Das Gesetz betrifft mehr als 350 Berufe, die auf Bundesebene durch Gesetze und Verordnungen reglementiert sind, darunter Ärzte und Apotheker. Das neue Anerkennungsverfahren soll auch helfen, den Fachkräftemangel in der Pflege zu lindern. Das Gesetz tritt voraussichtlich am 1. April 2012 in Kraft, der Anspruch auf Prüfung innerhalb von drei Monaten allerdings erst ein Jahr später, damit die prüfenden Kammern Zeit haben, sich auch personell darauf einzustellen.

Neben den notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen Migranten selbst Mut und Selbstbewusstsein entwickeln, ihre Fähigkeiten herauszustellen und sich um interessante Positionen zu bewerben. Dies erfordert ein Umdenken und den Willen der Betroffenen, sich der beruflichen Herausforderungen bewusst zu sein und die eigenen Alleinstellungsmerkmale herauszustellen.



Schlüsselfaktoren AG 3 - Foto: Heike Hager

## 2. Kompetenzen entwickeln

Kompetenzen, die für gewisse Anforderungsprofile benötigt werden, sollen keine Hindernisse darstellen, die es unmöglich machen, einen gewissen Beruf auszuüben, sondern sie sollen als Anlass genommen werden, um sich spezielle Fähigkeiten anzueignen bzw. diese zu entwickeln. Dazu kann u. a. auch ein Qualifizierungs- und Unterstützungskonzept mit hohen Coachinganteilen dienen. Gewünscht wird ein spezieller Ansatz von Migranten für Migranten. Dazu ist vor allem auch Eigeninitiative gefragt. Durch Vernetzung, Kommunikation miteinander, Zusammenarbeit und das stete Suchen des Dialogs können Migranten sich gegenseitig stärken.

Weiterhin wird es als notwendig erachtet, Verantwortliche in Deutschland und in Afrika für ein gezieltes Empowerment der (afrikanischen) Migranten zur Verbesserung der beruflichen Teilhabechancen zu sensibilisieren und als Unterstützer zu gewinnen. Neben Aspekten des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftebedarfes können qualifizierte Migranten in guten beruflichen Positionen entscheidend dazu beitragen, dass wirtschaftliche

und entwicklungspolitische Kooperationen gezielt ausgebaut werden können. So können zum Beispiel im Zuge von internationalen Kooperationsprojekten oder Städtepartnerschaften, wie am Beispiel Stuttgart, sinnvolle Ansätze entwickelt werden, bei denen gegebenenfalls sogar hier lebende Afrikaner in Afrika eingesetzt werden.

## 3. Kompetenzen sichtbar machen und nutzen

Vorhandene Kompetenzen sind selbst, wenn sie anerkannt wurden, noch nicht unbedingt gewinnbringend für Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer selbst. Sie müssen genutzt werden.

Die Gruppe diskutierte, wie dieses verbessert werden kann. Neben dem bereits erwähnten individuellen Engagement, der Ausweitung der persönlichen sozialen Netzwerke und der aktiven Mitwirkung im zivilgesellschaftlichen Bereich wurden auch Wünsche nach dem Aufbau von Kompetenzpools oder Datenbanken formuliert. Ein weiterer Ansatz wäre das Aufzeigen von Erfolgsbiografien, von guten Praxisbeispielen oder die Einbindung von Mentoren, Lotsen oder sonstigen interkulturellen Brückenbauern.

Je nach lokalen oder regionalen Rahmenbedingungen erscheinen darüber hinaus enge Kooperationen mit der Agentur für Arbeit, Universitäten oder Förderinstitutionen als hilfreich, um bestimmte Personenkreise wie zum Beispiel Migranten mit akademischer Ausbildung ganz gezielt zu fördern und zu unterstützen.

Im Rahmen von spezifischen Konferenzen kann die Thematik ins Bewusstsein der kommunalen Entscheider oder von Wirtschaftsvertretern gerückt werden. Gelungene Beispiele bilateraler Kooperationen zwischen Wirtschaftsunternehmen vor Ort und Partnern in Afrika können dazu beitragen, dass die wirtschaftlichen Chancen gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen sichtbar gemacht werden. Afrikaner können dabei als Brückenbauer eine wichtige Rolle spielen.

Selbstverständlich muss es in solchen Kontexten auch darum gehen, die Rahmenbedingungen realistisch darzustellen

und sich auch mit den vorhandenen Chancen und Risiken kritisch auseinander zu setzen. Ein differenziertes, realistisches Bild kann dazu beitragen, dass ein Umdenken in der Wirtschaft aber auch bei den betroffenen Migranten stattfindet. In der Konsequenz bedeutet dieses, dass Migranten zum Beispiel aus Afrika gerade auch im bilateralen Kontext als wichtige Partner gesehen werden, ohne dass durch unrealistische Vorstellungen zu hohe Erwartungen und damit verbundene Enttäuschungen verbunden sind. Konferenzen können in diesem Sinne wichtige Impulsgeber und Austauschforen sein.

#### **AG 4: Interkulturelle Ausrichtung der Kommunen und der Eine-Welt-Organisationen**

Zur modernen Zusammenarbeit gehört, den Blick zu heben und sich zu öffnen. Selbst die vermeintlich „eigenen“ vier Wände kommen durch die mediale Arbeit häufiger in Kontakt mit Interkulturalität. Vielfalt gilt es zu nutzen, aber man muss auch mit ihr umgehen können. Da scheint es offensichtlich, dass diese im öffentlichen Leben und vor allem in der politischen Arbeit eine zunehmende Rolle spielen wird. Die Arbeitsgruppe sieht daher in der Medienarbeit einen wesentlichen Ansatz.



Arbeitsgruppe 4 - Foto: Heike Hager

Veye Tatab hat bereits in ihrem lebendigen Vortrag einige Impulse für die weitere Diskussion geliefert und ergänzt im Rahmen der Arbeitsgruppe, dass interkulturelle Öffnung auch bedeute, dass das Arrangement der Mitarbeitenden

einer Organisation die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln sollte. Die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund sollte selbstverständlicher werden, und gegebenenfalls auch mit Methoden der anonymisierten Bewerbung durchgesetzt werden.

Die Arbeit in der Gruppe war sehr intensiv und kreativ. Es wurde über Grundsätzliches diskutiert, wie z. B., ob die Entwicklungspolitik zur Sozialpolitik gehört, aber auch, wie Kommunen Ideen finanziell umsetzen können. Aber es wurde nicht nur über Strukturen gesprochen, sondern auch über Wertschätzung und Begegnung auf Augenhöhe.

#### **1. Medien für interkulturelle Öffentlichkeitsarbeit sensibilisieren**

Um eine realitätsgetreue Berichterstattung zu unterstützen, sollten Migranten in entscheidende Medienstellen eingebunden werden, um von dort aus direkt Einfluss ausüben zu können. In der Programmentwicklung sollte eine Quote eingeführt werden, damit gewährleistet wird, dass gewisse Inhalte repräsentiert werden. Verantwortlich dafür sind die öffentlich rechtlichen Sender, Zeitungen und das Radio, aber auch die Medientextproduzenten, bspw. Journalisten, selbst.

#### **2. Zeitgemäße und vorurteilsfreie Bildung an Schulen stärken**

Teilnehmerin: „Interkulturelle Kompetenzen werden am besten von der Krabbelgruppe an gelehrt, denn Kinder haben keine Vorurteile!“

Ein weiteres Thema ist die Schulbildung. Diese sollte zeitgemäß und vorurteilsfrei von statten gehen. Interkulturalität sollte hier auf zwei Arten nahegebracht werden. Zum einen inhaltlich, indem vermehrt auf globales Lernen gesetzt wird und in diesem Rahmen bestimmte Themen, wie z. B. Konsumverhalten, aufgegriffen werden. Zum anderen kann Interkulturalität durch strukturelle Änderungen in die Schulen gelangen. Diese können so zustande kommen, dass Experten mit Migrationshintergrund beim Entwurf der Curricula eingebunden werden. Zudem sollten mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund eingestellt werden.



Um dies umsetzen zu können, müssen zunächst die Ministerien für diese Idee sensibilisiert werden. Ansprech- und Kooperationspartner sind das Bundesministerium, MO, Ausschüsse, die Arbeitsagentur und Schulen.



Kernaussagen AG 4 - Foto: Heike Hager

### 3. Entwicklung einer gemeinsamen Sprache, um Missverständnisse zu vermeiden

Um Missverständnisse in der Gesellschaft, zumindest jene auf sprachlicher Ebene, zu vermeiden, wäre eine gemeinsame „Sprache“ im Bereich „Interkulturalität“ hilfreich. Es gab die Ideen, dass ein interkulturelles Lexikon erstellt werden müsste, welches Wortbedeutungen in bestimmten Kontexten erfasst und nicht die herkömmliche wörtliche Übersetzung bietet. Für ein solches Projekt sollten Akademiker – mit oder ohne Migrationshintergrund – akquiriert werden, um gemeinsam daran zu arbeiten.

Ein weiterer Vorschlag lautete: Experten und Akteure in der entwicklungs- und bildungspolitischen Arbeit sollen gemeinsam weitergebildet werden, da das Thema interkulturelle Kommunikation für eine große Masse von

Bedeutung ist und nicht als akademisches Spezialfeld behandelt werden darf .

### 4. Chancengleichheit bei Zugängen von finanziellen Ressourcen fördern

Die Förderlandschaft ist vielseitig und für Migrantenorganisationen zum Teil undurchsichtig. Kenntnisse zu kommunalen Finanzierungsstrategien würde die Chancengleichheit von finanziellen Zugängen vorantreiben. Dafür ist eine gute Beratung für Förderanträge flächendeckend zu initiieren, um spezifische Problemfragen kompetent beantworten zu können. Doch Beratung allein reicht nicht aus, denn ein weiterer Hebel für die finanziellen Ressourcen sind die Gremien, die Beträge zuteilen. Aus diesem Grund wird von der Gruppe gefordert, dass mehr Migranten in solchen Gremien sitzen, um bei der Entscheidung ein Mitspracherecht zu haben.

### 5. Mehr politische Partizipation von Migranten

Um die politische Partizipation von Migranten zu fördern, müssen auch auf dieser Ebene sowohl von den Migranten selbst als auch von den politischen Parteien Bemühungen angestellt werden, um das System kommunaler Verwaltungen und politischer Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten. Angeregt wurde, dass es für Migranten gezielte Angebote im Sinne der politischen Bildung geben sollte, die es ermöglichen, politische Entscheidungsstrukturen kennenzulernen und somit einen Einblick in das Denken und Geschehen in der Politik zu erhalten.

Berücksichtigt werden sollte dabei aber auch, dass sich nicht jede Person mit Migrationshintergrund politisch engagieren will und kann.

Dennoch würde durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts allen Einwohnern die Möglichkeit und das Recht auf Mitbestimmung gegeben. Hierdurch könnten deutliche Zeichen gesetzt werden.

### Endresümee der Arbeitsphase

Unabhängig vom jeweiligen Themenschwerpunkt der Arbeitsgruppen zeigte sich, dass sich die nachfolgenden

Themen wie ein roter Faden durch die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zogen.

### **Wunsch nach Anerkennung**

Viele Teilnehmende betonten, dass Anerkennung und Wertschätzung der individuellen Kompetenzen und des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten trotz aller offiziellen Verlautbarungen nur unzureichend erfolge. Nach wie vor gebe es die Erfahrung, dass hochqualifizierte Migranten auf dem Arbeitsmarkt mit starken Barrieren zu kämpfen hätten. Der gezielte Einbezug ihrer interkulturellen Kompetenzen in der Entwicklungszusammenarbeit durch die traditionellen Institutionen sei bisher nur unzureichend gegeben.

Es wurde deshalb als notwendig erachtet, die Verantwortlichen aus Verwaltung, Wirtschaft und Politik für eine Verbesserung der beruflichen Teilhabechancen von Migranten aus Entwicklungs- und Schwellenländern zu sensibilisieren und sie als potenzielle Unterstützer zu gewinnen. Aspekte des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftebedarfes würden dabei sicherlich immer mehr an Bedeutung gewinnen. Besonders im Blickpunkt solle allerdings stehen, dass Migranten, die beruflich gut etabliert sind, leichter in der Lage seien, auch einen wichtigen Beitrag zu leisten, um wirtschaftliche und entwicklungspolitische Kooperationen und Projekte erfolgreich voranzubringen.

### **Integrationsdebatte**

Als weitere Herausforderung auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe werden rechtliche und soziale Beschränkungen (Aufenthaltsrecht, Anerkennung von Berufsabschlüssen, Zugang zu Informationen und Schlüsselpersonen) angesehen. Auch wenn es in der Integrationsdebatte seit 2005 einen Paradigmenwechsel (Zuwanderungsgesetz, Einwanderungsland etc.) gegeben habe, seien im Alltag immer noch strukturelle Zugangsbarrieren (Schule, Arbeitsmarkt) und zum Teil auch Diskriminierungen spürbar. Gewünscht wurde in diesem Zusammenhang, dass auch die Geschichtsträchtigkeit der deutsch-afrikanischen Beziehungen im interkulturellen Dialog angemessen thematisiert wird.

### **Notwendigkeit zur Eigeninitiative**

Selbstkritisch wurde von verschiedenen Teilnehmenden gleichzeitig immer wieder angemerkt, dass man sich als Migrant darüber im Klaren sein müsse, dass in Deutschland beruflicher und gesellschaftlicher Erfolg vor allen Dingen auch von der persönlichen Eigeninitiative abhängig seien. Es gehe deshalb auch darum, die eigene interkulturelle Identität als Alleinstellungsmerkmal zu stärken und innerhalb der Diaspora-Organisationen daran zu arbeiten, sich selbstbewusst als qualifizierter Brückenbauer (zwischen Nationen, Migranten, etc.) zu präsentieren und sich selbst aktiv um (politische) Partizipation zu kümmern.

### **Kommunikation untereinander**

Als eine Hürde für eine gezielte Verbesserung der wirksamen öffentlichen Präsentation der afrikanischen Diaspora wurde benannt, dass bei Migrantenorganisationen neben vielleicht fehlenden Ressourcen und unzureichenden Erfahrungen im Vereinsmanagement vor allen Dingen ein mangelndes Vertrauen zwischen den Schlüsselakteuren der afrikanischen Diaspora vorhanden ist. Insgesamt sei mehr Toleranz und Offenheit gegenüber kritischen Stimmen innerhalb der jeweiligen ethnischen Communities und zwischen den Vereinen notwendig.

### **Forderung nach ehrenamtlichem Engagement**

Beklagt wurde in verschiedenen Diskussionen, dass von Migranten wie selbstverständlich ein starkes ehrenamtliches Engagement erwartet würde, dass aber bezahlte Arbeitsplätze in diesem Bereich eher von Personen aus der Mehrheitsgesellschaft besetzt würden.

### **Rolle der Kommune**

Als zentraler Erfolgsfaktor für eine gelingende Kooperation im entwicklungspolitischen Bereich wurde in der Konferenz die besondere Rolle der Kommunalverwaltungen herausgestellt. Nach Meinung vieler Teilnehmender können Kommunen durch die Art ihres Agierens (Förderung der kulturellen Vielfalt und der interkulturellen Öffnung der Verwaltung, Stärkung und Vernetzung von Migrantenorganisationen) eine wichtige Vorbildfunktion für die Stadtgesellschaft übernehmen. Durch kommunale Steuerung und Förderung

der Zusammenarbeit könne bei Schlüsselakteuren mit und ohne Migrationshintergrund das Bewusstsein für die Chancen eines gemeinsamen interkulturellen, entwicklungspolitischen Engagements gestärkt werden. Durch einen Perspektivwechsel bei den kommunalen Schlüsselakteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft könne auch ein wichtiger Beitrag zu einem positiven Klima des Miteinanders in der Kommune geleistet werden.



Foto: Heike Hager

### Vernetzung

Dem Thema Vernetzung wird eine sehr hohe Bedeutung beigemessen. Dabei ist auf der einen Seite zu unterscheiden zwischen kommunaler, regionaler oder überregionaler Vernetzung von MO und Eine-Welt Akteuren. Auf der anderen Seite können auch ethnische oder thematische Netzwerke hilfreich sein. Inhaltlich gilt es zu differenzieren zwischen Netzwerken, die vornehmlich

- der fachlichen Weiterentwicklung (Professionalisierung) der MO und NRO durch Informationsaustausch, Qualifizierung, Beratung und finanzielle Unterstützung dienen.
- Lobby- und Informationsarbeit oder Bewusstseinsbildung leisten.
- kommunale Strategien der Stärkung der Zivilgesellschaft verfolgen.

Je nach Zielsetzung seien unterschiedliche Strukturen, Arbeitsweisen, Impulse und Koordinationsverfahren notwendig.

Kulturelle Barrieren sowohl unter Afrikanern als auch zwischen Afrikanern und Vertretern der Mehrheitsgesellschaft be- oder verhindern oftmals eine effiziente Vernetzung. Interkulturelle Missverständnisse oder auch Kontaktängste müssen deshalb thematisiert und bearbeitet werden.

### Medien

Die Rolle der Medien und die verzerrte öffentliche Darstellung der Migranten und ihrer Herkunftsländer wurden von vielen Teilnehmenden kritisiert. Formuliert wurde die Überzeugung, dass eine differenzierte, realistische Vermittlung der Lebensrealität und des Engagements von Migranten dazu beitragen würde, dass ein Umdenken in der Wirtschaft, in der Politik und in der Bevölkerung insgesamt erfolgen könne.

## 3.6 Podiumsdiskussion

Die abschließende Podiumsdiskussion fand mit folgenden Teilnehmenden statt:

- Konrad Seigfried, der seit 2006 Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg ist. Nach dem Studium der Sozialarbeit in Ludwigshafen/Rhein folgten bei ihm berufliche Stationen in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe in Frankfurt/Main, Mannheim, Wertheim, Miltenberg und Sankt Augustin. Als Dezernent ist er u. a. für Integration und Bildung sowie für bürgerschaftliches Engagement zuständig. Bürgermeister Konrad Seigfried ist u. a. Mitglied des Freundeskreises Burkina Faso.
- Freda Marful ist eine Diplom-Betriebswirtin aus Stuttgart. Sie ist in der Kfz-Branche als Qualitätsauditorin tätig und ehrenamtliche Vorsitzende von CLEAN-AFRICA e. V., einer von afrikanischen Studierenden in Deutschland gegründeten Organisation. Diese führt Entwicklungsprojekte vor Ort und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland durch.
- Claudia Duppel ist seit 2001 Geschäftsführerin des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB). Die Sozialarbeiterin war sechs Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit in Niger und im Tschad

tätig und fokussierte sich dort besonders auf die Arbeitsbereiche ländliche Entwicklung und Frauenförderung. Danach war sie in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Kampagnenarbeit in Deutschland für die Gestaltung von Ausstellungen, Vorträgen, Schulprojekttagen u. a. zuständig.

- Hans Wiertert-Wehkamp, Leiter des Instituts für soziale Innovation und Moderator der Veranstaltung.



Podiumsdiskussion, v.l.n.r.: Freda Marful, Konrad Seigfried, Claudia Duppel, Hans Wiertert-Wehkamp - Foto: Heike Hager

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Was hat sie heute am meisten angesprochen? Freda Marful, darf ich Sie bitten, anzufangen?

**Freda Marful:** Ich fand es nett, dass man sich austauschen konnte und auch auf emotionaler Ebene alles zur Sprache bringen konnte, was einen zum Thema Migration und Entwicklung beschäftigt. Allerdings hatte ich das Gefühl, dass häufig eine Art Selbstmitleid zum Ausdruck kam. Ich denke, das sollten wir auf solchen Konferenzen endlich außen vor lassen.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Selbstmitleid als ein erstes Stichwort. Wir gehen gleich noch einmal darauf ein, aber erst Konrad Seigfried.

**Konrad Seigfried:** Mein Eindruck, und das muss ich natürlich ergänzen, weil ich erst seit Nachmittag dazu gekommen bin, der hat sich einfach gesetzt von einem sehr engagierten und lebendigen Teilnehmerfeld hier, das auf jeden Fall auch selbstbewusst ist, jedenfalls so habe ich es in den kurzen

Ausschnitten, die ich wahrgenommen habe, mitbekommen. Ich hab an den Stellwänden auch schon klare Forderungen gesehen und die deuten eigentlich eher auf ein Bewusstsein hin, auf ein Selbstbewusstsein, um zu sagen „Wir haben auch was zu sagen und wir wollen auch was!“

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Das ist ja schon sehr schön. Die Migrantin spricht vom Selbstmitleid und der Bürgermeister hier spricht davon „Ich hab viel Selbstbewusstsein wahrgenommen.“ Das zeigt, es gibt unterschiedliche Perspektiven. Wir haben jetzt noch eine dritte Perspektive: Claudia Duppel.

**Claudia Duppel:** Wir vom DEAB beschäftigen uns seit einigen Jahren mit der Frage: Migranten, wo sind sie, was tun sie und wie können wir eigentlich die Zusammenarbeit noch deutlich ausweiten. Ich habe in den letzten fünf Jahren viel gelernt und für mich war das heute ein Zeichen, dass wir einen Schritt weiter gekommen sind, aber dass wir noch sehr viel mehr Zeit investieren müssen in den Dialog und in die Partizipation. Ich denke, ein Dialog braucht Zeit und die hat uns auch heute wieder gefehlt .

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Wenn Sie sagen, wir sind in den letzten fünf Jahren einen Schritt weitergekommen. Woran machen Sie das fest?

**Claudia Duppel:** Ganz subjektiv: Ich kenne einfach viel mehr Leute unter den Migranten und weiß sehr viel mehr, was sie tun. Wir haben eine Zeitung. Wir versuchen einfach auch Projekte, die Migranten machen, sei es im Bildungsbereich hier, sei es auch in ihren Ländern zuhause, aufzunehmen und abzdrukken. Wir versuchen, wenn wir Bildungsarbeit machen, an Schulen oder in Gruppen, in Kirchen oder wo auch immer, mehr Tandems zu bilden. Zum Beispiel, dass ein Vertreter einer migrantischen Organisation mit einem Vertreter einer deutschen NRO zusammenarbeitet, zusammen hingehet. Wir versuchen, Mitarbeiter auch zu rekrutieren aus dem Bereich, ich habe jetzt eine peruanische Kollegin. Wir würden uns wünschen, dass sich noch mehr einklinken. In unsere Strukturen, zum Beispiel in die Vorstandsarbeit.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Hinweis. Wir haben hier den Wunsch gehört, es sollen sich noch mehr einbinden. Freda Marful, Sie haben eben von Selbstmitleid gesprochen. Sehr selbstkritisch. Was, glauben Sie, ist noch notwendig, dass sich mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unterschiedlichen Organisationen der Eine-Welt-Szene, aber auch sonst, aktiv engagieren?



*Freda Marful im Gespräch mit einem Teilnehmer - Foto: Heike Hager*

**Freda Marful:** Das hat auch eine Gruppe gut dargestellt. Die haben gesagt, die Stadt muss die Migrantenarbeit sichtbar machen. Die müssen das auch nutzen und anerkennen und weiterentwickeln. Allerdings müssen wir auch dieses Selbstmitleid wegschaffen, indem wir selbstbewusst, kompetent auftreten. Nicht warten, sondern machen. Das ist für mich extrem wichtig. Als wir unseren Verein gegründet haben, haben wir nicht gedacht, man sagt uns, was wir machen sollen. Als wir unseren ersten Antrag eingereicht haben, wurde gesagt, das finden wir gut und diese Basis werden wir nehmen. Man hat uns gesagt, macht das. Nein, also kein Selbstmitleid! Geh rein in die Arbeit! Mach was!

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Sie sagen das jetzt so schön, auch aus der eigenen Erfahrung. Wir haben es heute ja immer wieder gehört, es gibt verschiedene Hindernisse und Hürden. Was wären so konkrete Schritte, dass es wirklich offensiv raus aus der Nische, ran an die Macht geht?

**Freda Marful:** Vor allem muss die Stadt einen Dialog weiterführen. Sie soll nicht mehr über uns, sondern mit uns reden.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Damit haben Sie den Ball sehr schön zum Bürgermeister weitergegeben. Was denken Sie, welche Impulse könnten von der Kommune kommen, damit das Selbstbewusstsein und die Anerkennung noch stärker werden und damit die Partizipation noch größer wird?

**Konrad Seigfried:** Wir haben ja mehrere Ebenen jetzt angesprochen und ich will von der Ebene des bürgerschaftlichen Dialogs ausgehen. Natürlich muss jede Kommune, muss jedes Land Rahmenbedingungen schaffen und somit eine Kultur des Gehört-Werdens starten. Ludwigsburg beispielsweise hat eine ausgeprägte Bürgerbeteiligung. Es gibt Teile unserer Bevölkerung, Migranten, die sich zu wenig daran beteiligen. Heute geht es besonders um die afrikanische Diaspora. Hier ist im Grunde nochmal ein Schritt zu tun. Das heißt, eine Kommune oder ein Land muss sich Engagement fördernd aufstellen, muss einladen, muss dies auch glaubwürdig nach außen durch Personen vertreten. Dazu gehören wiederum auch Migranten. Sie müssen natürlich auch dafür sorgen, dass bei den Dialogverfahren auch wirklich Migranten dabei sind. Aber es geht nicht ohne ein Gegenüber, nämlich eine afrikanische Diaspora oder Migranten, die sagen, wir wollen dies auch. Ich selbst bin seit den 70er Jahren in der Migrantenarbeit. Es ist erst die letzten Jahre, aus meiner Sicht, gelungen, ein ganz aktives Element reinzubringen, dass Migranten auch selbstbewusster, positiver und auch engagiert sich beteiligen und sagen, wir wollen nicht nur was von einer Kommune, also mehr Sprachkurse oder sonst irgendwas, sondern wir sind hier, wir gehören dazu, wir bringen was mit und wir bringen uns ein. Dazu gehören solche Bilder wie ein Afrika-Tag bei uns in Ludwigsburg, wie das öffentliche Auftreten.

Wir haben 2007 einen neuen Integrationsbeauftragten gesucht. In der Bewerbungsrunde war dann ein Afrikaner und Moslem in Ludwigsburg dabei, schwäbische Kleinstadt letzten Endes. Ich weiß noch, als wir dann zusammen saßen, der zuständige Fachbereichsleiter und ich, und wir uns gesagt haben, können wir in einer Stadt wie Ludwigsburg einen Integrationsbeauftragten zumuten, der selbst Afrikaner und Moslem ist. Sie kennen die ganze Diskussion,



auch um den Islam etc. Wir haben uns damals gesagt, wir brauchen jemand, der für diese Aufgabe brennen muss. Der glaubwürdig als Person für eine solche Aufgabe stehen muss. Und wir haben gesagt: Klar stellen wir den ein. Mit ein bisschen Bedenken, weil wir uns gefragt haben, wie wird es die Öffentlichkeit aufnehmen. Es war tatsächlich so, dass er in dieser schwäbischen Mittelstadt in einer Art und Weise aufgenommen worden ist, weil er nämlich ein Bild verkörpert hat, dass man nicht wie selbstverständlich bei Migranten gesehen hat: ein Afrikaner, sichtbare Migration. Jemand, der sich hier erfolgreich integriert hat. Jemand, der eloquent ist und nach außen gehen kann, und alle anderen Fragen haben sich dann im Grunde von selbst gelöst.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Wenn Sie sagen, wir hatten leichte Bedenken, aber es ist dann ganz anders gekommen. Heißt das für öffentliche Verwaltung vielleicht auch, ein Stück mutiger zu sein und der Bevölkerung ein Stück mehr zuzutrauen und letztendlich um Akzeptanz auch zu ringen?

**Konrad Seigfried:** Ja, mutig sein gehört auf jeden Fall dazu. Also auch Felder zu betreten, mit Organisationen zu arbeiten, bei denen man manchmal auch selbst noch nicht so genau weiß, was es bedeutet. Wobei dieser Mut natürlich abgewogen werden muss. Wir vertreten alle ein öffentliches Amt, wir haben Verantwortung für das Gemeinwesen, für die Verwaltung etc. Um mich nicht misszuverstehen, es geht nicht darum, dass man Integrationsarbeit nur machen kann, wenn man entsprechende persönliche Aushängeschilder hat. Das wäre zu kurz gegriffen. Aber es ist natürlich auch ein überzeugendes Signal einer Verwaltung. Wenn in einer Stadt, in der 19 Prozent Ausländer leben, in der wahrscheinlich 35 Prozent bis 40 Prozent einen Migrationshintergrund haben, diese Menschen in öffentlichen Ämtern zu wenig vertreten sind, dann ist es kein glaubwürdiges Bild. Das ist ein Punkt, den müssen wir nach außen tragen und da will ich auch mal in die Diaspora zurückgehen. Wir diskutieren so etwas bei uns im Integrationsbeirat. Öffentliche Ämter und öffentliche Verwaltung ist immer noch ein Thema, das bei vielen Migrantinnen und Migranten überhaupt nicht gesehen wird. Es ist ja nicht nur die Frage, ob wir solche Leute nicht

einstellen, wenn sie sich bei uns bewerben, sondern es ist ja auch die Frage, wer sich bewirbt. Für eine laufende Ausschreibung zur Fachbereichsleitung „Bildung, Sport, Soziales“ sind 70 Bewerbungen eingereicht worden, davon haben drei Bewerber Migrationshintergrund.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Okay, das heißt auch nochmal: „Kümmert euch darum, dass ihr präsent werdet!“

Wir hatten das Stichwort Beteiligung, sich einbringen und interkulturelle Öffnung, auch in dem Sinne, dass Menschen auch eingestellt werden. Wenn Sie sich die einzelnen Organisationen anschauen, Claudia Duppel, wie weit ist der Gedanke der interkulturellen Öffnung in den Gruppen im Lande insgesamt vertreten?

**Claudia Duppel:** Ich glaube, dass es sehr unterschiedlich ist, dass es aber dort am besten funktioniert, wo schon kommunale Netzwerke etabliert sind, weil dort ganz selbstverständlich viele Migrantenvereine Mitglied sind. Also in den größeren Städten, Freiburg, Ravensburg, Stuttgart, Karlsruhe, da gibt es Eine-Welt-Netzwerke und ganz selbstverständlich sind dort sehr viele Migrantenvereine mit ihrem entwicklungspolitischen Engagement engagiert und Mitglied. Ich sehe ganz viele weiße Flecken, wo es wenig Vereine gibt, die sich zusammengeschlossen haben, um einfach als Organisation stärker zu sein. Da sehe ich ein Defizit und ich glaube, das würde die Sichtbarkeit deutlich verbessern, wenn da noch stärkere und vor allem noch größere Netzwerke entstehen, die sich wiederum einklinken in größere Netzwerke. Als Organisation der Zivilgesellschaft ist es mir ein großes Anliegen, dass wir diese Aufgaben nicht an den Staat, an das Land oder an die Kommune delegieren. Wir organisieren uns selbst und wir bilden uns auch selbst fort. Was wir brauchen, ist Unterstützung, Förderung vom Staat, aber wir wollen die Aufgaben selber machen und da würde ich Sie auch alle bitten, sich an diesem Punkt einfach noch stärker selber in die Pflicht zu nehmen.

**Teilnehmer aus dem Publikum:** [...] Ich bin fast zehn Jahre in Deutschland. Genauso lange bin ich in dieser Zusammenarbeit der Entwicklungshilfe. Es gibt einige

gute Initiativen, aber auch in den Führungspositionen dort fehlen die Leute mit Migrationshintergrund und nicht, weil keine passenden Personen da sind. Es gibt Leute mit Migrationshintergrund, die die Sprache sprechen, die ein Diplom haben und engagiert sind. Es gibt Leute, denen man anbieten könnte, in der Geschäftsführung zu sitzen.



**Hans Wiertert-Wehkamp:** Was sagen Sie als Verband? Wie wollen Sie da weiter mit umgehen?

**Claudia Duppel:** Viele zivilgesellschaftliche Akteure hier engagieren sich ehrenamtlich, sie brauchen aber Unterstützung. Zum Beispiel durch Vernetzungsstrukturen. Ich denke, wir brauchen eine Unterstützung, aber wir sollen uns die Arbeit nicht aus der Hand nehmen lassen. Das wäre meine Message, bei der ich denke, die gilt für uns alle.

**Konrad Seigfried:** Das Thema Selbstorganisation ist, aus meiner Sicht, auch unglaublich wichtig. [...] Aber ich meine, das ist nicht der richtige Weg, ausschließlich oder zu stark auf das Thema Selbstorganisation zu setzen. Sie brauchen die Verknüpfung im normalen gesellschaftlichen

Leben und dazu gehören auch Funktionen und Ämter, sonst kommen Sie aus den Nischen nicht raus. Also das Thema Entwicklungszusammenarbeit, solange es in kleinen Kirchengemeinden, in kleinen örtlichen Gruppen stattfindet, ist wichtig und gut, kann aber nur Kraft entfalten, wenn es kommunal oder auf Landesebene gefördert und gestärkt wird.

Der zweite Punkt: Ich glaube, es ist richtig, dass es Afrikaner besonders schwer haben. Das heißt, Sie haben vorhin gesagt, dass manchmal das Gefühl bei Ihnen entstanden ist, wir werden behandelt wie Kinder. Das Bild Afrikas ist nach wie vor ein Bild, das extrem verzerrt ist; es ist nach wie vor der Dschungel, das Dorf. Da kann man nur einen Beitrag leisten, indem man diese Bilder, die Wahrnehmung verändert und einen Teil der Wahrnehmungsveränderung sind auch Sie, wie Sie hier auftreten, wie Sie hier wahrgenommen werden.

**Claudia Duppel:** Wenn es tatsächlich um politische Partizipation geht, dann gebe ich Ihnen natürlich Recht. Es geht darum, dass zivilwirtschaftlich engagierte Menschen in politische Strukturen eingebunden werden. Es war vorher in mehreren Arbeitsgruppen der Appell, lasst euch auch politisch aufstellen, geht in die Gremien und versucht, Leute tatsächlich zu wählen. Ich denke, das gelingt uns besser, wenn wir organisiert sind, wenn ich sagen kann, „hinter mir stehen 200 Migrantenvereine in Baden-Württemberg. Ich brauche einen Sitz im Fachbeirat.“

**Teilnehmerin aus dem Publikum:** Viele Migranten glauben, dass man für den öffentlichen Dienst Deutscher sein muss, da man Beamter ist. Mein Vorschlag ist ganz einfach: Warum in Beschreibungen, öffentlichen Ausschreibungen nicht einfach schreiben, Migranten sind willkommen und auch dunkelhäutige Migranten? Die fühlen sich sofort angesprochen und das wäre vielleicht eine Möglichkeit.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Ganz wichtiger Hinweis: Viele wissen gar nicht, dass man sich in der Verwaltung bewerben kann. Das muss offensiver gestaltet werden.

**Teilnehmer aus dem Publikum:** Also für mich hat das, was wir besprechen, keinen Sinn, wenn wir das nicht umsetzen können. Ich bin jetzt mehrmals in Konferenzen gewesen, wo wir darüber sprechen, was ist am besten, was können wir machen. Meine Frage an Sie jetzt: Das, was wir hier besprochen haben, wie kommt das an die Entscheidungsträger in den verschiedenen Bundesländern, damit sie das umsetzen können?

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Ich glaube, das ist eine Frage, die auch an Dr. Stefan Wilhelmy geht. Deshalb würde ich ihn bitten, kurz dazu Stellung zu nehmen.

**Dr. Stefan Wilhelmy:** Die Frage kann ich jetzt auch nicht in zwei Sätzen beantworten. Vielleicht aber zwei, drei Stichworte:

Das eine ist, wir versuchen mit Veranstaltungen wie dieser, aber auch mit unserem bundesweiten Netzwerk das Thema Migration eben auch zu einem politischen Thema zu machen und damit auch dazu beizutragen, dass sich Kommunen damit beschäftigen, damit sich auch das Land damit beschäftigt. In Baden-Württemberg ist das sicherlich mustergültig. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass sich andere Länder, andere Bundesländer daran orientieren werden. Wir machen das Thema Migration und Entwicklung auch zu einem Thema innerhalb des BMZ. Das heißt noch nicht, dass es dann schon beim Innenministerium aufschlägt. Ich habe nicht die Telefonnummer, um irgendwo anzurufen und zu sagen, so und dann ist das so, sondern es ist ein Prozess und wir versuchen aber eben, das Engagement sichtbar zu machen. Die Konferenz sollte ein Beitrag dazu sein, das auch immer wieder fortzutragen. Es ist eigentlich mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, dass wir es geschafft haben, dass es ein Fachgespräch zur Migration geben wird im BMZ-Dialog. Ich denke, es wird einfach mittlerweile mitgedacht und ich denke, da sind wir die letzten Jahre auch schon ein gutes Stück vorangekommen. Sie haben es ja auch gesagt, wir sind da eigentlich auf einem ganz guten Weg in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit tut sich da schon sehr viel und das BMZ zu mindestens ist da auch sehr offen. Es gibt natürlich innerhalb

der Ressorts noch einmal unterschiedliche Auffassungen, aber man sieht das schon auch als Zukunftsthema an.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Freda Marful, Sie haben am Anfang von dem Selbstmitleid gesprochen. Wir haben jetzt hier über weitere Schlagworte diskutiert, die nötig sind, um voran zu kommen. Mit welchen Gedanken möchten Sie uns hier entlassen?

**Freda Marful:** Vernetzung ist sehr wichtig. Das habe ich heute gesehen. Taten sind notwendig und man kann schwer die anderen Menschen ändern, fangen wir lieber bei uns selbst an. Das ist ein Anfang. Wunderbar!

**Konrad Seigfried:** Ich habe bei den Beiträgen im Grunde so die zentralen Elemente nochmal gespürt. Das ist einmal natürlich das Thema „interkulturelle Kompetenz“. Es ist die Frage der Jobangebote, also der Möglichkeiten, die angeboten werden. Es ist die Frage der Engagementförderung in einer Stadt und für mich eben auch die Frage der politischen Partizipation, aber das ist nichts, was nur gewährt wird. Das ist etwas, was man sich auch nehmen muss, wo man sich engagieren muss. Dort, wo wir die Möglichkeiten geschaffen haben und sie wahrgenommen worden sind, dort sind es auch Erfolgswege geworden und somit auch Muster, die im Grunde dann auch eine riesen Strahlkraft entfalten und zwar im doppelten Sinne. Einmal im Sinne der Community, also dass andere Migranten oder in dem Fall Afrikaner sehen, hier geht was, und in der Wahrnehmung der anderen Bevölkerung. Die können was, die tun auch was. Dann werden sich auch solche Bilder verändern.

**Hans Wiertert-Wehkamp:** Claudia Duppel, wenn Sie an die Weiterentwicklung Ihres Verbandes denken, die Diskussion hier Revue passieren lassen, welche Impulse nehmen Sie mit?

**Claudia Duppel:** Eine ganze Menge, aber ich würde jetzt eigentlich gerne ein kleines Hoffnungszeichen setzen. Wir haben jetzt, durch diesen Prozess der Landesregierung, eine Chance auf eine Mitgestaltung der entwicklungspolitischen Leitlinien und ich denke es gibt ja schon eine Chance,



politisch mitzugestalten. Deshalb würde ich Sie alle bitten, bringen Sie ihre Voten ein. Sie können in die Konferenzen gehen, so wie heute. Sie können Fragebögen ausfüllen. Sie können Eingaben machen. Wir sitzen mit im Fachbeirat, jetzt haben Sie noch Paulino José Miguel als Ihren Vertreter mit drin. Wir müssen das ernst nehmen. Ich will, dass in einem halben Jahr unsere Bedürfnisse auf dem Tablett stehen und die Regierung weiß, was wir wollen und was wir brauchen.

# 4. Themengespräch Migration im Rahmen der Initiative Welt:Bürger gefragt!

## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung Baden-Württemberg

Neben den vier Arbeitsgruppen, die bereits präsentiert wurden, wurde im Verlauf des Tages eine fünfte Arbeitsgruppe gebildet, die vor allem Akteuren und Konferenzteilnehmern aus Baden-Württemberg die Möglichkeit bot, einen Beitrag zur Entwicklungspolitik der Landesregierung zu leisten. Dieser Workshop lief unter dem Titel **Welt:Bürger gefragt!** – Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung Baden-Württemberg.

Neben Konferenzteilnehmern kamen zu dieser Gruppe externe Gäste hinzu, wie z. B. Studierende der STUBE (außeruniversitäres Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg - [www.stubebw.de/](http://www.stubebw.de/)).

Zunächst begrüßte der Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell die Teilnehmer und führte in den Dialog ein. Geleitet wurde dieses Gespräch von Dieter Heidtmann, Studienleiter an der evangelischen Akademie Bad Boll, und seinem Kollegen Martin Schwarz.

### 4.1 Rede des Ministerialdirektors im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg Dr. Herbert Zinell

Der berufliche Werdegang von Dr. Herbert Zinell begann 1968 mit einer Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst und führte ihn über ein Studium zum Diplom-Verwaltungswirt. Daran schloss er ein Studium der Rechtswissenschaften und Soziologie an. 1986 promovierte er zum Doktor der Rechtswissenschaften.

Bis zur Wahl zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Schramberg im September 1990 war er als Fachanwalt für Verwaltungsrecht tätig. Nach den Wiederwahlen in den Jahren 1998 und 2006 wurde Dr. Herbert Zinell im Mai

2011 zum Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg ernannt.

Auf Vorschlag des Städtetags wurde er im Jahr 2006 zum Kuratoriumsvorsitzenden der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) gewählt und im Jahr 2012 wiedergewählt.

Der Ministerialdirektor begrüßte die Teilnehmenden und zeigte sich sehr erfreut darüber, dass so viele der Einladung der Landesregierung Baden-Württemberg gefolgt waren, um die baden-württembergische Entwicklungspolitik der nächsten Jahre direkt, transparent und engagiert mitzugestalten. Bei dieser Veranstaltung ginge es ganz besonders um Partizipation, Dialog und Diskussion.

In der Entwicklungszusammenarbeit sei das Themenfeld Migration ein ganz zentrales. Ganz besonders gelte dies für das Engagement der Migranten. Deshalb solle Migration in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Strategie gestellt werden.

„Dieses Engagement ist eine der tragenden Säulen der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg!“

Das gemeinsame Engagement von Bund und Land, Kommunen und Zivilgesellschaft sei ein starkes Signal und mache deutlich, wie wichtig die Rolle der Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit ist und bleiben muss.

Die Initiative **Welt:Bürger gefragt!** wurde von der Landesregierung angestoßen und soll zur Modernisierung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg beitragen.

Dadurch soll zum einen die direkte und transparente Mitsprache und Mitgestaltung der Bürger und zum anderen die angemessene und ernst gemeinte Beteiligung von Migranten erreicht werden.

Zum Schluss lud Dr. Herbert Zinell die Teilnehmer noch einmal zur aktiven Teilnahme an dieser und auch an folgenden

Veranstaltungen ein und appellierte an den Sachverstand, die Erfahrung und den Wunsch der Teilnehmer, etwas zu bewegen.

Entwicklungszusammenarbeit sei ein Gemeinschaftsprojekt. Die Initiative **Welt:Bürger gefragt!** biete ein Forum, um die Leitlinien für dieses Gemeinschaftsprojekt Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam, engagiert und transparent zu entwerfen.



Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell - Foto: Heike Hager

## 4.2 Ziel und Ergebnisse des Dialogs

Das Ziel des Dialogs war die Bürgerbeteiligung an der Erstellung neuer Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes. Dabei sollten vor allem diejenigen angesprochen werden, die selbst in der Entwicklungszusammenarbeit und im interkulturellen Dialog tätig sind. Die Konferenz bot eine gute Gelegenheit, dieses Projekt anzuschließen.

Im Dialog wurden acht Leitlinien entwickelt. Diese sollen hier stichwortartig aufgeführt werden. Genaueres finden Sie in den bereits erstellten Dokumenten der Landesregierung und der evangelischen Akademie Bad Boll im Anhang.

1. Das zivilgesellschaftliche Engagement von Migranten fördern
2. Globales Lernen und interkultureller Dialog
3. Bessere Bildungsmöglichkeiten für Migranten
4. Integration von Migranten
5. Die Kompetenzen der Migranten für die Wirtschaft nutzen
6. Internationale Beziehungen fair gestalten
7. Bundesratsinitiative gegen Rüstungsexporte
8. Vorschläge zum Entwicklungspolitischen Dialog

Gegen Ende der Dialogs **Welt:Bürger gefragt!** wurde zunächst ein Abgeordneter/eine Abgeordnete für die Delegiertenkonferenz in Karlsruhe am 7. Juli 2012 gewählt. Es stellten sich mehrere Kandidaten zur Wahl. Am Ende gewann Paulino José Miguel. Vertreterin wurde Dr. Kidist Hailu. Da zuvor bemängelt wurde, dass kein Migrant im Fachbeirat des Entwicklungspolitischen Dialogs vertreten war, versprach Dr. Herbert Zinell zudem, sich dafür einzusetzen, dass Paulino José Miguel zusätzlich in den Rat berufen werde. Zwischenzeitlich wurde dem Vorschlag zugestimmt.

## 5. Verabschiedung durch Dr. Stefan Wilhelmy, ENGAGEMENT GLOBAL/SKEW



*Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW/Engagement Global - Foto: Heike Hager*

Dr. Stefan Wilhelmy verwies auf das bundesweite Netzwerk für Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene, dem die Teilnehmer dieser Konferenz bei Interesse gerne beitreten und an Veranstaltungen teilnehmen könnten.

Im Weiteren erwähnte er die Sammlung von guten Beispielen, die online auf der Homepage der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zu finden sei. Er forderte die Teilnehmer auf, ihnen bekannte gute Beispiele an die SKEW zu schicken, sodass sie für alle sichtbar würden.

Als Mitglied des Fachbeirats erwähnte er mit Freude die positiven Impulse, die vom Dialog **Welt:Bürger gefragt!** ausgegangen seien und gratulierte Paulino José Miguel zu seiner Wahl.

Bevor er für das Schlusswort an den Bürgermeister Konrad Seigfried übergab, dankte Dr. Stefan Wilhelmy den Referenten, dem Helferteam, den Moderatoren, den Kooperationspartnern, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Ludwigsburg; insbesondere der Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten Saliou Gueye.

## 6. Verabschiedung durch Konrad Seigfried, Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg



*Verabschiedung durch Herrn Seigfried* - Foto: Heike Hager

Bürgermeister Konrad Seigfried kam die Aufgabe zu, die Konferenz als Gastgeber zu beschließen .

Er dankte Dr. Stefan Wilhelmy, der ENGAGEMENT GLOBAL und dem gesamten Team. Ebenfalls bedankte er sich bei den Anwesenden für die Beiträge, das Engagement und die Teilnahme und verabschiedete diese.

Die Stadt Ludwigsburg engagiere sich für eine ausgeprägte Bürgerbeteiligung. Sehe man Bürger als Experten des Alltags, müsse man die Teilnehmer der Konferenz ebenso als Experten für Migration und für Zuwanderung aus Afrika sehen.

„Soweit sage ich herzlichen Dank dafür, dass Sie Ihr Expertenwissen hier eingebracht haben und uns alle daran haben teilnehmen lassen.“

Speziell bedankte er sich bei den Fachexperten, den Referenten und der Botschafterin.

Gegen Ende äußerte er seine Meinung, dass die afrikanische Diaspora in Ludwigsburg und auch in Deutschland noch mehr an Selbstbewusstsein gewinnen müsse und somit einen noch intensiveren Beitrag für ein sich wandelndes Bild Afrikas in Deutschland leisten könne. Um das Feld der Entwicklungszusammenarbeit nicht ausschließlich politisch engagierten Deutschen zu überlassen, lud Konrad Seigfried

die Anwesenden ein, noch aktiver und bewusster zu agieren und auch weitere Menschen der afrikanischen Diaspora zu überzeugen, Botschafter für Afrika, Partner für Afrika und engagierte Menschen hier in Deutschland zu sein.

## 7. Stimmen zum Gelingen der Konferenz

Es konnten ein paar Stimmen eingefangen werden, die sich zu der Konferenz äußerten. Diese werden hier aufgeführt:

*„Ich habe mich sehr über die Eröffnungsrede von Dr. Horst Köhler gefreut. Insgesamt war die Veranstaltung ein großer Erfolg! Mein Dank gilt vor allem auch der ENGAGEMENT GLOBAL. Durch die Kooperation mit ihr wurde eine einzigartige Plattform geschaffen, auf der viele Experten aus der gesamten Bundesrepublik zusammentreffen konnten. Das macht mich stolz!“*

(Saliou Gueye, Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg)



Saliou Gueye, Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg und Marie Odile Bonkougou Balima, Botschafterin Burkina Faso.

Foto: Heike Hager

*„In Ludwigsburg wurde deutlich, dass trotz des nach wie vor bestehenden Entwicklungspotenzials bereits zahlreiche Fortschritte in puncto politische Partizipationsmöglichkeiten der afrikanischen Diaspora in Deutschland gemacht worden sind. Sichtbar wurde zudem, dass die ‚Aktiven‘ überall im Bundesgebiet tätig sind, auch in eher abgelegenen Regionen, in denen man zunächst nicht unbedingt von aktiven, gut vernetzten Akteuren ausgehen würde. Das Bewusstsein darüber befeuert mein weiteres eigenes Engagement ungemein, da es motivierend ist, zu sehen, dass wir gemeinsam selbst in ‚Buxtehude‘ etwas bewegen können, wenn wir nur am Ball bleiben.“*

(Serge Palasie, Fachkoordinator für Migration und Entwicklung in NRW/Forum für soziale Innovation)

*„Die Konferenz in Ludwigsburg war eine gute Geste und ein Anfang. Wichtig für die Nachhaltigkeit der Konferenz wäre die Ergebnisse der Arbeitsgruppen unter die Lupe zu nehmen, sie nicht nur in der Theorie zu betrachten, sondern auch zu handeln, und zwar nicht nur Top-Bottom sondern auf allen Ebenen.“*

(Zena-Gabrielle Hailu, Workshop-Moderatorin)

*„Die Stimmen, Erfahrungen und Themen von Migrantinnen und Migranten stehen noch zu selten auf der Agenda, wenn es um die Zukunft unseres Landes und der Beziehungen zu anderen Regionen dieser Erde geht.*

*Die Konferenz „Engagiert und Integriert – Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland“ war hier ein wichtiger Schritt hin zu einem offenen und ehrlichen Dialog über Themen, die uns alle angehen.*

*Es war eine Freude zu sehen, dass nicht nur geredet, sondern auch zugehört wurde und die verschiedensten Leute zu Wort kamen. Auch wenn es noch viel zu tun gibt, war die Konferenz insofern ein voller Erfolg, als dass sie ein Startschuss war, die Wahrnehmung des afrikanischen Kontinents und der afrikanischen Diaspora in Deutschland zu öffnen.“*

(Bernhard Arnold, Nord Süd Forum München e. V.)

*„Ich habe den wundervollen Rahmen der Veranstaltung und die Teilnahme hochrangiger Vertreter der Kommunen, der Entwicklungszusammenarbeit und die Anwesenheit von Dr. Horst Köhler als besondere Würdigung des Engagements von Migrantenorganisationen und als Anerkennung der Potenziale von MigrantInnen – nicht nur für die Entwicklungszusammenarbeit – sondern auch als Brückenbauer empfunden, die mit Ihrem Engagement einen Mehrwert sowohl für Ihre Herkunftsländer als auch für Deutschland erzielen.“*

(Jurica Volarević, Programmkoordinator beim Centrum für internationale Migration und Entwicklung – CIM)



*„Die Konferenz war informativ und interessant – das Ambiente sehr schön. Es ist sehr gut, dass sich eine Stadt wie Ludwigsburg so stark für Afrika engagiert. Ich hoffe, dass es neben einer jährlichen Veranstaltung weitere Aktivitäten in der Stadt gibt, bei denen sich Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft mit deutschen Bürgerinnen und Bürgern begegnen können. Es ist schade, dass es in der Stadt kein Forum gibt, wo man sich informell gelegentlich treffen und austauschen kann.“*

**(Hans-Dieter Huober, IBM Südafrika Projekt)**

## 8. Anhang

### 8.1 Viten der Redner und Rednerinnen des ersten Konferenztages



Foto: Privat

**Stephan Bethe** (Jahrgang 1968) ist Diplom-Volkswirt (Studium in Göttingen und Poitiers/Frankreich). Er ist Referatsleiter für das Themengebiet Migration im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Stephan Bethe arbeitet seit 2003 für das BMZ. Eingesetzt zunächst in der Pressestelle, nach Elternzeit seit Oktober 2010 zuständig für das Thema Migration und Entwicklung.



Foto: Privat

**Gabriela Busemaker** hat in den 1980er Jahren als Rechtsanwalts- und Notariatsgehilfin gearbeitet. 1992 hat sie sich im Bereich Veranstaltungsmanagement in der Metropolregion Rhein-Neckar selbstständig gemacht und ihr Unternehmen 11 Jahre lang erfolgreich geführt. Von 2003 bis Oktober 2011 war sie Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Ettlingen. Einen Schwerpunkt setzte sie auf die internationalen Beziehungen der Stadt und das bürgerschaftliche Engagement. Sie selbst bringt jahrelange Erfahrung aus Ehrenämtern ein, unter anderem als Mitglied in Prüfungsausschüssen von Industrie- und Handelskammern.

Seit 1. Februar 2012 ist sie Geschäftsführerin der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH in Bonn.



Foto: Privat

**Gisela Erler** ist eine deutsche Familienforscherin, Unternehmerin und Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen. Seit Mai 2011 ist sie als Staatsrätin Mitglied der baden-württembergischen Landesregierung.

Sie ist zuständig für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.

Eine Politik des Gehörtwerdens, der Umgang mit den Bürgern und Bürgerinnen auf Augenhöhe ist das erklärte Ziel der Regierung Kretschmann – und Gisela Erler soll als Staatsrätin dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

Frau Erler will in ihrem Amt die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen stärken, das bürgerschaftliche Engagement ausbauen und die Verwaltung sensibilisieren.



Foto: Privat

**Lucía Muriel**, in Ecuador geboren, ist Diplomspsychologin und Organisationsberaterin sowie langjährige Aktivistin in der Migrantenarbeit. Sie hat Projekterfahrungen in internationaler Zusammenarbeit, unter anderem in Lateinamerika. Sie arbeitet als Fachpromotorin des Berliner Promotorenprogramms mit Schwerpunkt Migration und Entwicklung im „Berliner Verband migrantischer, diasporischer Organisationen in der Einen Welt moveglobal e.V.“, den sie 2012 selbst mit gegründet hat. Lucía Muriel ist außerdem Vorsitzende von MEPA, dem bundesweiten Verband „Migration, Entwicklung und Partizipation“, der im September 2012 von 14 Migrantenorganisationen gegründet wurde.



Foto: Privat

**Dr. Pierrette Herzberger-Fofana** ist Wissenschaftlerin und seit 2005 Stadträtin in Erlangen für die «Grüne Liste». Zurzeit ist sie außerdem Lehrerin am Ohm-Gymnasium in Erlangen für Französisch und Lehrbeauftragte an der Universität Erlangen-Nürnberg. 1996 war sie die Oberbürgermeister-Kandidatin der Stadt Erlangen für die «Grünen».

Sie ist Verfasserin mehrerer Bücher und Artikeln in deutscher und französischer Sprache sowie Trägerin verschiedener Preise u.a. des Helene Weber Preis 2009 des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend und des *Großen Staatspreis des Staatspräsidenten Senegals für Forschung und Wissenschaft* für ihr Buch *Littérature Féminine Francophone d'Afrique noire suivi d'un dictionnaire des Romancières*. Bis jetzt ist sie die einzige Frau, die diese Auszeichnung im Senegal erhalten hat.

Frau Dr. Herzberger-Fofana fördert die Integrationspolitik vor Ort und setzt sich gegen Rassismus, Gewalt gegen Frauen und insbesondere Genitalverstümmelung ein. Als engagierte Lehrerin fördert sie den interkulturellen Unterricht. Sie ist Mitinitiatorin der Internationalen Woche gegen Rassismus in Erlangen, die bereits zum vierten Mal veranstaltet wurde.



Foto: Privat

**Horst Köhler** (geb. 1943) arbeitet nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften seit 1969 als wissenschaftlicher Referent am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung. 1976 tritt er in die Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums ein. 1977 erwirbt er an der Universität Tübingen seinen Dokortitel. 1981 wechselt er vom Bundeswirtschaftsministerium in die Staatskanzlei Schleswig-Holstein als Referent von Ministerpräsident Stoltenberg. Ab 1982 arbeitet er in Bonn im Leitungsstab des Finanzministeriums und wird Leiter des Ministerbüros.

1990 wird Horst Köhler Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Er scheidet 1993 aus der Bundesregierung aus und wird Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Im Jahr 1998 übernimmt er das Amt des Präsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London, 2000 wird er Geschäftsführer der Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF in Washington, D.C. 2003 ernennt ihn die Universität Tübingen zum Honorarprofessor.

Am 23. Mai 2004 wird Horst Köhler zum neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt und am 23. Mai 2009 für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Am 31. Mai 2010 tritt Horst Köhler von seinem Amt als Bundespräsident zurück.



Foto: Privat

Als Soziologin hat sich **Dr. Nkechi Madubuko** sechs Jahre mit der Forschung über die Lebenswelten von Migranten beschäftigt. Ihr Buch „Akkulturationsstress von Migranten-Akzeptanzerfahrungen und Bewältigungsstrategien“, mit dem sie ihre Promotion an der Philipps-Universität Marburg abgeschlossen hat, befasst sich mit den biografischen Erfahrungen von Akademikern mit afrikanischem und europäischem Migrationshintergrund.

Seit 15 Jahren ist sie freie Moderatorin und ausgebildete TV-Redakteurin. Ihre Arbeit als Moderatorin begann sie 1996 bei VIVA zwei in Köln. Weitere Stationen waren DSF, Premiere World und das ZDF. Sie ist Redakteurin bei 3sat Kulturzeit, dem kulturpolitischen Magazin auf 3sat. Ihre Interessenfelder sind breit gefächert im Bereich Kultur, Musik und Events. Gerne beteiligt sie sich auch bei Diskussionen über sozialpolitische Themen. (Homepage: [www.nkechi-madubuko.de](http://www.nkechi-madubuko.de))



Foto: Privat

Der berufliche Werdegang von **Dr. Herbert Zinell** begann 1968 mit einer Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst und führte ihn über ein Studium zum Diplom-Verwaltungswirt an der Fachhochschule in Kehl. Daran schloss er ein Studium der Rechtswissenschaften und Soziologie in Freiburg an. 1986 promovierte er zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Konstanz.

Bis zur Wahl zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Schramberg im September 1990 war er als Fachanwalt für Verwaltungsrecht tätig. Nach den Wiederwahlen in den Jahren 1998 und 2006 wurde Dr. Herbert Zinell im Mai 2011 zum Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg ernannt.

Auf Vorschlag des Städtetags wurde er im Jahr 2006 zum Kuratoriumsvorsitzenden der SEZ (Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg) gewählt und im Jahr 2012 wiedergewählt.

## 8.2 Bericht vom Themengespräch „Migration“ am 20. April 2012 in Ludwigsburg

### Wie können wir die Kompetenz von Migranten für die Entwicklungszusammenarbeit künftig noch stärker nutzen?

Diese Frage war der Ausgangspunkt des Themengesprächs „Migration“ am 20. April 2012 im Kulturzentrum in Ludwigsburg. Das Themengespräch „Migration“ des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! fand im Rahmen der Konferenz „Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ der Stadt Ludwigsburg, des Landes und der Engagement Global gGmbH statt. An der Konferenz nahmen über 120 Migrantinnen und Migranten teil, 50 Personen arbeiteten im Workshop des Entwicklungspolitischen Dialogs mit. Die Veranstaltung wurde von Pfr. Martin Schwarz und Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll moderiert.

### Dr. Herbert Zinell: Unser Ziel ist eine Gesellschaft der „kooperativen Vielfalt“



Foto: Heike Hager

Dr. Herbert Zinell, Ministerialdirektor im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, betonte in der Eröffnungsrede des Themengesprächs den engen Zusammenhang zwischen einer aktiven Integrationspolitik und den Möglichkeiten, die Kompetenzen von Migranten im Land noch stärker zu nützen. Ziel der Landesregierung sei eine Gesellschaft der „kooperativen Vielfalt“. „Ein vorrangiges Ziel dabei ist, die Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Baden-Württemberg zu erreichen – unabhängig von ihrer jeweiligen sozialen und ethnischen Herkunft.“

Dr. Zinell hob die Bedeutung dieser Integrationspolitik hervor: „Kein anderes Bundesland ist so stark von kultureller Vielfalt geprägt wie Baden-Württemberg.“ Im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik forderte Dr. Zinell, „sich von einer restriktiv ausgelegten Flüchtlingspolitik zu verabschieden und zu einem anderen Umgang mit Flüchtlingen zu kommen.“ Die Landesregierung setze sich für eine deutliche Verbesserung bei Aufnahme, Unterbringung und Leistungsgewährung ein. Ein weiterer wichtiger Schritt sei die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Derzeit arbeite das Land an Landesanererkennungsgesetzen für die auf Länderebene geregelten Berufe. Ein weiterer wichtiger Schritt sei die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Ein Pilotprojekt sei die Erhöhung des Migrantenanteils in der Polizei Baden-Württemberg. Nicht nur im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wolle die Landesregierung das zivilgesellschaftliche Engagement von Migranten stärker fördern. „41 Prozent der Baden-Württemberger mit Migrationshintergrund bekunden Interesse, künftig eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen. Menschen mit Migrationshintergrund weisen somit ein großes Engagementpotenzial auf! Natürlich auch für den Bereich des Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit.“

Die Rede von Ministerialdirektor Dr. Zinell finden Sie unter [www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)





Foto: Heike Hager

### **Dr. Dieter Heidtmann: WELT:BÜRGER GEFRAGT! soll Akteure vernetzen und neue Ideen initiieren**

Im Anschluss an Dr. Zinell erläuterte Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll die Konzeption des Entwicklungspolitischen Dialogs „WELT:BÜRGER GEFRAGT!“. Die Evangelische Akademie Bad Boll organisiert und moderiert den Entwicklungspolitischen Dialog. Dr. Heidtmann betonte, dass ein wichtiges Ziel des Dialogprozesses sei, die interessierten und engagierten Menschen und Organisationen im Land besser untereinander zu vernetzen. WELT:BÜRGER GEFRAGT! hat zwei Seiten: Zum einen werden die Bürgerinnen und Bürger gefragt, wie die zukünftige Entwicklungspolitik des Landes gestaltet werden soll. Zum anderen braucht das Land aber engagierte Weltbürgerinnen und Weltbürger, um Entwicklungszusammenarbeit gestalten zu können.



Foto: Heike Hager

## **Diskussion im Plenum**

### **Ursachen der Migration in den Blick nehmen**

In der Plenumsdiskussion forderten die Teilnehmenden, auch die Ursachen der Migration in den Blick zu nehmen. Viele Migrantinnen und Migranten seien in Baden-Württemberg, weil sie vor kriegerischen Auseinandersetzungen in ihren Ausgangsländern fliehen mussten. Baden-Württemberg sei ein führender Exporteur von Waffen und anderen Rüstungsgütern, die in diesen Konflikten eingesetzt werden. Dies zu verhindern, sei auch eine Aufgabe der Landesregierung.

### **WELT:BÜRGER GEFRAGT! braucht weltweiten Horizont**

Die Botschafterin von Burkina Faso, I.E. Marie-Odile Bounkougou-Balima, fragte, ob geplant sei, in den Entwicklungspolitischen Dialog auch die weltweiten Partner Baden-Württembergs einzubeziehen. Dr. Heidtmann erklärte, dass sich der Dialogprozess auf Baden-Württemberg beschränke. In die Veranstaltungen würden nach Möglichkeit aber immer auch Vertreterinnen und Vertreter einbezogen, die die unterschiedlichen Außenperspektiven mit einbringen könnten.

### **Mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung schaffen**

Mehrere Teilnehmer verwiesen auf die vielfältigen Möglichkeiten der engen Zusammenarbeit zwischen Migranten und Kommunen. Deshalb wäre wünschenswert, dass auch Verwaltung und politische Gremien die tatsächliche Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln. Dr. Zinell unterstützte dieses Anliegen nachdrücklich. Ziel der Landesregierung sei es, den Anteil an Migranten im öffentlichen Dienst deutlich zu erhöhen. Das Land brauche die interkulturelle Kompetenz der Migranten in der öffentlichen Verwaltung. Bei der Landespolizei mache man damit schon sehr gute Erfahrungen.

### **Engere Kooperation zwischen lokalen Initiativen, Kommunen, Land und Bund**

Konrad Seigfried, Erster Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg, berichtete, dass es eine gute Kooperation zwischen lokalen Initiativen, den Kommunen und dem

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das Land hätte sich in diesem Bereich bisher kaum eingebracht. Er hoffe, dass sich dies mit dem Dialogprozess ändern werde.



Foto: Heike Hager

### **Studierende aus Entwicklungsländern besser fördern**

Am Themengespräch Migration nahmen eine ganze Reihe von Studierenden aus Entwicklungsländern teil. Sie forderten eine bessere Förderung ihrer Studiemöglichkeiten. So sei es für Studierende, die keine Stipendien erhielten, aufgrund von rechtlichen Einschränkungen kaum noch möglich, ihr Studium nebenher durch Jobs zu finanzieren. Stipendien müssten sehr viel passgenauer auf Studierende aus den Entwicklungsländern ausgerichtet werden. Konkret wurde gefordert, das Studienbegleitprogramm STUBE auszubauen. Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft sollte für diejenigen, die in Deutschland bleiben wollten, erleichtert werden. Der Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Ländern und Kulturen könnte noch viel stärker gefördert werden. Ein Vertreter des Ministeriums für Integration in Baden-Württemberg informierte über die Bemühungen der Landesregierung zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen in einem Landesanererkennungsgesetz. Er verwies auch auf die Maßnahmen, die das Land eingeleitet habe, um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu verbessern.

### **Förderung und Vernetzung von Migrantenorganisationen fördern**

Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich in die Gesellschaft einzubringen, ist bei Migranten ähnlich hoch wie im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Tatsächlich seien Migranten bisher aber weniger aktiv in der Zivilgesellschaft eingebunden, kritisierten mehrere Teilnehmende. Um dies zu ändern, wäre eine bessere Förderung und Vernetzung von Migrantenorganisationen notwendig.

### **Dialog auf Augenhöhe**

Ein durchgehendes Thema in der Diskussion war das Anliegen, die Beiträge, die Migranten für die Gesellschaft in Baden-Württemberg leisteten, auch angemessen wahrzunehmen. Es gehe um Respekt für die Leistungen von Migranten und um einen interkulturellen Dialog auf Augenhöhe. Kritik gab es daran, dass kein Migrant im Fachbeirat vertreten sei, der die Ergebnisse des Entwicklungspolitischen Dialogs auswerten und den Leitlinienentwurf erarbeiten soll. Dr. Zinell sagte zu, er werde sich dafür einsetzen, dass der Delegierte des Themengesprächs „Migration“ für die Delegiertenkonferenz von der Landesregierung als Mitglied des Fachbeirats nachnominiert werde.

### **Wahl von Delegierten**

Als Delegierter für die Delegiertenkonferenz wurde Herr Paulino José Miguel aus Heidelberg gewählt. Stellvertretende Delegierte ist Frau Dr. Kidist Hailu aus Bad Schönborn.

### **Berufung in den Fachbeirat**

Das Staatsministerium Baden-Württemberg hat inzwischen den Vorschlag des Themengesprächs aufgegriffen und Herrn Paulino José Miguel in den Fachbeirat des Entwicklungspolitischen Dialogs berufen. Seine Stellvertreterin ist Frau Dr. Kidist Hailu.

---

**Vorschläge für die zukünftigen  
Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes  
Baden-Württemberg**

Die Teilnehmenden des Workshops erarbeiteten im Anschluss konkrete Vorschläge für die zukünftigen entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg. Diese Vorschläge finden Sie in einer getrennten Dokumentation zum Themengespräch „Migration“ auf der Website der Landesregierung.

[www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER GEFRAGT! finden Sie unter:

[www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)

[www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt](http://www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt)

**Kontakt**

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann,

Tel.: 07164-79-212

Fax: 07164-79-5212

[weltbuerger@ev-akademie-boll.de](mailto:weltbuerger@ev-akademie-boll.de)

### 8.3 Themengespräch „Migration“ am 20. April 2012 in Ludwigsburg

#### Vorschläge für die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg

Am 20. April 2012 fand im Rahmen der Konferenz „Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ das Themengespräch „Migration“ des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! statt. An der Konferenz nahmen über 120 Migrantinnen und Migranten teil, 50 Personen arbeiteten im Workshop des Entwicklungspolitischen Dialogs mit. Die Veranstaltung wurde von Pfr. Martin Schwarz und Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll moderiert.



Foto: Heike Hager

Im Workshop hatten die Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit, individuelle Vorschläge für die zukünftigen Leitlinien zu erarbeiten. In einer zweiten Arbeitsphase wurden diese Vorschläge dann in Arbeitsgruppen vertieft. Im Folgenden dokumentieren wir jeweils in einem Rahmen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und dazu die individuellen Vorschläge.

#### 1. Das zivilgesellschaftliche Engagement von Migranten fördern

- Dazu sollte die zivilgesellschaftliche Vernetzung auf lokaler Ebene von den Kommunen stärker als bisher gefördert werden. Wichtig ist, dass sich die „deutschen“ Organisationen für Migranten öffnen und sich andererseits Migranten auch stärker in „deutsche“ Organisationen einbringen.
- Die Spitzen der großen Verbände (z.B. Rotes Kreuz, Caritas, Johanniter) haben hier eine Vorbildfunktion. Gerade in der Entwicklungszusammenarbeit können sie von den Erfahrungen und dem Wissen von Migranten profitieren.

##### 1.1 Individuelle Vorschläge:

- Stärkere Förderung für die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft
- Finanzielle Förderung für Projekte von Migrantenselbstorganisationen (in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Inlandsarbeit/entwicklungspolitischen Bildung/ im Globalen Lernen (7 mal)
- Bessere Vernetzung zwischen der afrikanischen Diaspora und Entwicklungsinitiativen
- Förderung von Strukturen zur Vernetzung und Beratung von entwicklungspolitischen Migrantenselbstorganisationen (3 mal)
- Kleinere Organisationen bei Professionalisierung unterstützen
- Bessere Orientierung über Strukturen und Förderungsmöglichkeiten (Schaffung einer Clearing-Stelle)
- Mitwirkungsmechanismen bei der Entwicklung von entwicklungspolitischen Projekten der Kommunen erweitern
- Förderung der Beteiligung von Migranten, vor allem in Hilfsorganisationen (Feuerwehr, DRK, DLRG, TH, Malteser etc.)
- Noch mehr Migranten auch aus Nicht-Entwicklungsländern sensibilisieren und für die Mitarbeit gewinnen
- Ausländische Studierende und Migranten als entwicklungspolitische Multiplikatoren in Schulen und Kommunen einsetzen



Foto: Heike Hager

## 2. Globales Lernen und interkultureller Dialog

- Die Potentiale der Migranten für globales und interkulturelles Lernen in der Schule, im Kindergarten, in Gemeinden und Verwaltung müssen genutzt werden.
- Lehrbücher und Spielmaterialien in der Schule und in den Kindergärten sollten im Hinblick auf das globale Lernen überarbeitet werden.
- Das Interesse am globalen Lernen sollte über kulturelle Programme v.a. für Jugendliche gefördert werden.
- Ausländische Studierende könnten für Schulklassen oder Kindergartengruppen eine Patenschaft übernehmen. Das wäre für die Schulen und Kindergärten ein interkulturelles Multiplikatorenprogramm und für die ausländischen Studierenden eine Möglichkeit zum Nebenverdienst.
- Zum globalen Lernen gehört auch die Thematisierung der politischen Konflikte, die als Entwicklungshindernisse wirken.

### 2.1 Individuelle Vorschläge:

- Ehrliche Kommunikation
- Unterstützung der Zivilgesellschaft beim interkulturellen Lernen
- Mehr Nachdruck auf Mehrsprachigkeit, zuerst bei den Migranten, aber auch bei heimischer Bevölkerung
- Austausch von kulturellen Initiativen fördern
- Vertiefung des interkulturellen Dialogs jenseits von Akademien, Stiftungen und religiösen Gruppen
- Dem Begriff „fremd“ das Negative nehmen. Fremd zu sein ist in Baden-Württemberg ein Makel, in vielen

außereuropäischen Ländern eher eine Auszeichnung. Finden von Gemeinsamkeiten als Ansatzpunkt (2 mal)

- Kulturgespräche in den Schulen fördern, z. B. mit Workshops im Dialog zwischen ausländischen Studierenden und den Institutionen. Das ist aussagekräftiger als Medien und komische Schulbücher.
- Interkulturelles Training/Lernen für Erzieherinnen und Lehrerinnen fördern
- Ausländische Studierende mehr in die Sozialbildung einbeziehen, bes. in Schulen und Universitäten
- Globale Zusammenhänge mit Migranten diskutieren – „fremden“ Blick nutzen
- Im Kulturleben der Kommunen Migrantenkulturen mit ins Boot nehmen.
- Das Erziehungssystem sollte die Kinder zu Weltbürgern erziehen, um die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien zu erleichtern.



Foto: Heike Hager

## 3. Bessere Bildungsmöglichkeiten für Migranten

- Die Muttersprachen von Migranten sollten im Rahmen von (Wahl-) Pflichtfächern in der Schule gezielt gefördert werden.
- Die bürokratischen Hemmnisse für ausländische Studierende sollten abgebaut werden, z. B. die Verpflichtung zur Einrichtung eines Sperrkontos. Die Hürden sind hier viel zu hoch. Das Land sollte sich beim Bund für eine Erleichterung der Vergabe von Visa für Studierende einsetzen.
- Die Informationen über die Möglichkeiten für Studienaufenthalte in Deutschland müssen verbessert werden,

insbesondere im Hinblick auf den Finanzierungsnachweis.

- Die Quoten für ausländische Studierende in den Stipendienprogrammen sollten erhöht werden.
- Das Studienbegleitprogramm STUBE sollte besser gefördert werden, um den Austausch zwischen Migranten zu verbessern. Für Neuankömmlinge könnte ein Patenschaftsprogramm geschaffen werden, das die Ankunft und die Integration in Deutschland erleichtert.
- Die Nebenverdienstmöglichkeiten zum Studium müssen erleichtert und flexibilisiert werden. Die jetzigen Einschränkungen erlauben keine eigenständige Existenzsicherung.
- Ein besonderes Problem stellen hier die Studienpläne an den Universitäten dar, die aus den Fachhochschulen hervorgegangen sind. Diese Pläne sind so dicht, dass daneben kaum eine Erwerbstätigkeit möglich ist. Diese Studienpläne müssten so flexibilisiert werden, dass eine Nebentätigkeit möglich ist, ohne den Verlust des Studentenvismuss zu riskieren.
- Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen muss verbessert werden. Es ist wichtig, dass hier eine Kohärenz hergestellt wird.

### 3.1 Individuelle Vorschläge:

- Bessere Förderung von Studienbegleitprogrammen wie STUBE
- Ausbau der Stipendienprogramme für ausländische Studierende und Erhöhung der Quoten für ausländische Studierende in deutschen Stipendienprogrammen (10 mal)
- Mehr Stipendien für technische Fächer
- Verbesserung der BaFöG-Konditionen für Migranten (2 mal)
- Bedürfnisbezogene statt leistungsbezogener Stipendienprogramme
- Mehr Studienplätze für ausländische Studierende
- Bessere Betreuung ausländischer Studierender
- Schaffung von Austauschprogrammen für praktische Tätigkeiten im Ausland

- Das System der „Blue Card“ weiter entwickeln durch Förderung von hochqualifizierten Fachkräften mit Migrationshintergrund
- Aufenthaltstitel erweitern, Abschaffung der Verpflichtung zur Einrichtung eines Sperrkontos über 7000 €. (2 mal)
- Finanzielle Unterstützung für die Wohnungsmiete nach dem Vorbild des „Caf“-Programms in Frankreich.
- Bessere Unterstützung durch die Kommunen bei der Job- und Praktikumssuche



Foto: Heike Hager

## 4. Integration von Migranten

- Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft soll erleichtert werden.
- Die Möglichkeiten zum Erwerb doppelter Staatsbürgerschaften sollen erleichtert werden.
- Ausländer, die in die Gesellschaft integriert sind, sollen nicht abgeschoben werden können.

### 4.1 Individuelle Vorschläge

- Überwindung der Isolation von Flüchtlingen durch ihre Einbeziehung
- Einbürgerungskampagne
- Verbesserung der Regeln zur Aufenthaltsverlängerung (2 mal)
- Bleiberecht (Arbeit der Härtefallkommission) verbessern
- Doppelte Staatsbürgerschaft erleichtern
- Systematische Evaluierung von Projekten im Bereich Migration und Integration



- Die Grundlagenforschung im Bereich Migration und Integration stärken und die Integrationsarbeit wissenschaftlich reflektieren (2 mal)
- Mehr Freiraum für hier geborene Kinder aus „Migrationshintergrund“. Hilfe zum Identifizieren in ihrer Umwelt und der derzeitigen Heimat.
- Bürger sensibilisieren gegen Rechtsextremismus
- Bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Sozialkompetenzen, Musik, Sport.
- Eine Willkommenskultur in den Ausländerbehörden schaffen
- Die Diaspora in die Integrationspolitik einbeziehen
- Integration von Migranten in öffentliche Einrichtungen
- Antidiskriminierung ernst nehmen
- Kommunales Wahlrecht für Bürger aus Drittländern schaffen (2 mal)
- Stärkung von Ausländer-/Migrationsräten in den Kommunen

### **5. Die Kompetenzen der Migranten für die Wirtschaft nutzen**

- Die Kompetenz der Diaspora soll für Projekte im Süden genutzt werden. Hierzu sollte es eine zentrale Anlaufstelle für wirtschaftliche Fragen geben, die Akteure der Wirtschaft, der Kommunen, der Hochschulen und der Zivilgesellschaft miteinander vernetzt.
- Eine bessere Vernetzung von Migranten aus verschiedenen Kontinenten sollte gefördert werden, um besser voneinander lernen zu können.
- Das Land könnte einen Gründerwettbewerb speziell für Migranten ausschreiben.
- Eine Leitlinie für die Diversity-Programme der Unternehmen und Verwaltungen sollte entwickelt werden.
- Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollten als Standard eingeführt werden, um die Diskriminierung von Migranten zu verhindern.
- Die Migrantenquote in der Verwaltung soll erhöht werden, der Zugang der Migranten zu den Entscheidungsgremien muss verbessert werden.
- Bürokratie und andere Einschränkungen der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Migranten müssen reduziert werden.

- Das Land soll per Gesetz ein nachhaltiges Beschaffungswesen im Land und in allen Kommunen einführen.

#### **5.1 Individuelle Vorschläge:**

- Mainstreaming von fairer Beschaffung
- Wie kann die Landesregierung die Unternehmen motivieren, mehr ausländische Absolventen einzustellen?
- Menschen mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung und im beruflichen Leben fördern.
- Besserer Transfer von der Ausbildung ins Berufsleben
- Mehr Chancengleichheit bei der Berufsfindung für Hochschulabsolventen mit Migrationshintergrund (2 mal)
- Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen (3 mal)
- Einführung von Quoten bei der Arbeitsstellenbesetzung
- Bessere Förderung der Wirtschaftskompetenzen von Migranten durch die IHK und AHK.

### **6. Internationale Beziehungen fair gestalten**

- Alle internationalen Beziehungen und Partnerschaften des Landes, der Kommunen etc. sollten auf ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen überprüft werden.

#### **6.1 Individuelle Vorschläge:**

- Aktive Partnerschaft mit einem afrikanischen Land
- Alle internationalen Beziehungen überprüfen auf Augenhöhe und Gerechtigkeit in Entwicklungsarbeit, Wirtschaft, Politik, Bildung und Lebensstil
- Thematisierung der politischen Konflikte, die als Entwicklungshindernisse hier wie dort eine Rolle spielen
- Unseren Lebensstil (z.B. Mobilität) und seine Auswirkungen auf die Länder des Südens hinterfragen

### **7. Bundesratsinitiative gegen Rüstungsexporte**

- Das Land Baden-Württemberg soll eine Bundesratsinitiative gegen Rüstungsexporte (außerhalb der Nato-Mitgliedstaaten) und für eine Überarbeitung der Hermes-Bürgschaften starten.

#### **7.1 Keine individuellen Vorschläge zu diesem Themenbereich**

## 8. Vorschläge zum Entwicklungspolitischen Dialog

- Entwicklungspolitischer Dialog und Dialog mit Migranten bedeutet, alle sozialen Schichten einzubeziehen. Es bedeutet, nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Der Dialog muss ehrlich gestaltet sein und durch gegenseitigen Respekt geprägt sein.
- Der Fachbeirat des Entwicklungspolitischen Dialogs sollte hier mit gutem Beispiel voran gehen. Entwicklungspolitische Organisationen müssen eine „gläserne Decke“ haben, d.h. transparent sein.

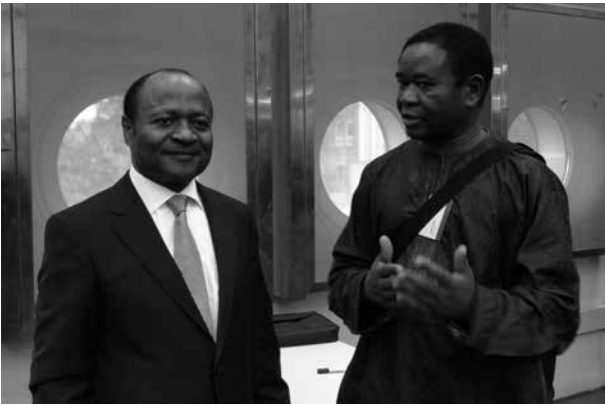


Foto: Heike Hager

### 8.1 Individuelle Vorschläge:

- Zugang zu den Informationen über dieses Projekt gewährleisten
- Diskussion über das Selbstverständnis von Entwicklungszusammenarbeit als gemeinsames Ziel der Bürger fördern (unabhängig von der Herkunft).
- Kritik an der mangelnden Einbeziehung von Migranten in den Dialog (3 mal)
- „Affirmative Action“ in Verwaltungen, Universitäten und politischen Parteien
- Dialog institutionalisieren, regelmäßig pflegen (Schaffung eines Gremiums)
- Migranten sollten nicht nur als Ansprechpartner, sondern auch als stimmberechtigte Teilnehmende in den Gremien des Dialogs vertreten sein
- Für eine regelmäßige Evaluierung der entwicklungspolitischen Leitlinien und deren Umsetzung Sorge tragen (2 mal)

- Die Zielgruppen, mit denen das Land den Dialog führen will, klar identifizieren
- Einführung von halbjährlichen Landesveranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog

WELT:BÜRGER GEFRAGT! finden Sie unter:

[www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)

[www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt](http://www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt)

### Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann

Tel.: 07164-79-212

Fax: 07164-79-5212

[weltbuerger@ev-akademie-boll.de](mailto:weltbuerger@ev-akademie-boll.de)





## 8.4 Abkürzungsverzeichnis

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIM	Centrum für internationale Migration und Entwicklung
DOMiD	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
InWent	ehemals Internationale Weiterbildung und Entwicklung, heute GIZ
MO	Migrantenorganisation
NEPAD	Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung
NRO/ NGO	Nichtregierungsorganisation/non-governmental organisation
RDGN	Rwanda Diaspora Global Network
SEZ	Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
STUBE	Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika



## ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen

Engagement Global gGmbH - Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Telefon +49 228 20 717-0  
Telefax +49 228 20 717-150  
info@engagement-global.de  
www.engagement-global.de  
www.facebook.com/engagement-global  
www.twitter.com/EngGlobal

**Infotelefon 0800 188 7 188**



## Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

### Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation. Studie. Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts, Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010

### Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 59: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ - Phase II: Lateinamerika, 26. bis 28. November 2012, La Fortuna (Costa Rica). Dokumentation. Bonn, April 2013
- Nr. 58: Drittes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Dokumentation vom 15. November 2012. Bonn, Februar 2013
- Nr. 57: Pressespiegel 2012
- Nr. 56: Achtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 22./23. Mai 2012. Bonn, September 2012

- Nr. 55: Zweites Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Dokumentation. Bonn, August 2012
- Nr. 54: International Kick-off Workshop „50 Municipal Climate Partnerships by 2015“, 14th-16th November 2011. Dokumentation. Bonn, May 2012 [English]
- Nr. 53: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung. Dokumentation. Bonn, August 2012
- Nr. 52: Erstes Netzwerktreffen WM Brasilien - Deutschland 2006/2011: Partner für Nachhaltige Stadtentwicklung, 5.- 6. Dezember 2011. Bonn, Mai 2012
- Nr. 51: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Erfahrungsbericht und Praxisleitfaden. Bonn, März 2012
- Nr. 50: Erstes Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Bonn, Februar 2012
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.

### Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012
- Unsere Strategie. Bonn 2010
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2012 [Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch]
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten).
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungs-politische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **\*\*\*Eine-Welt-Nachrichten\*\*\*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de).



Engagement Global gGmbH,  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

### **Eine Welt beginnt vor Ort**

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

### **Wir sind**

als Teil der Engagement Global gGmbH:

Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,

- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

### **Wir arbeiten**

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

### **Wir bieten**

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) und Internetportale, beispielsweise [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org),
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



DEUTSCHER LANDKREISTAG



Deutscher Städtetag



DStGB  
Deutscher Städte- und Gemeindebund



Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion

EINE WELT.  
ONE WORLD.  
UN SEUL MONDE.  
BONN.



DORTMUND



Landeshauptstadt München



stadt wermelskircher  
für ruhlgart



Auswärtiges Amt



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



dbb beamtenbund und tarifunion



DGB



d.i.e.



Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit



DIÖZESANRAT DER KATHOLIKEN IM ERZBISTUM KÖLN



FORUM DER KULTUREN STUTTGART E. V.



Rat für NACHHALTIGE Entwicklung



VENRO  
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITISCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN E. V.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

**Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Dortmund, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.